

Dokumente zur Entstehung der Vereinigten Staaten von Indonesien

Vorbemerkung

I. Die Entstehung des Staates

Bei einer völkerrechtlichen Betrachtung der Vorgänge in Indonesien treten zwei Fragen hervor: Die Art der Entstehung eines neuen Staates und das Eingreifen der Vereinten Nationen in dem Streit zwischen dem Mutterland und der nach staatlicher Selbständigkeit strebenden Kolonie¹⁾.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Indonesien ist jungen Datums²⁾. Zu ihrem Entstehen und ihrem verhältnismäßig raschen Erfolg haben mehrere Faktoren beigetragen: Das Eindringen des nationalen Gedankens überhaupt aus Europa, und zwar durch die moderne Erziehung einer kleinen Anzahl junger Indonesier und durch die Einführung moderner Wirtschaftsformen, der Ausbruch des zweiten Weltkrieges und die Maßnahmen der japanischen Besatzungsmacht sowie schließlich das Eingreifen der UN.

Die erste politische Gesellschaft von Indonesiern wurde erst 1908 gebildet. Eine Vertretung der einheimischen Bevölkerung bei der niederländischen Regierung Indonesiens wurde erst 1918 in Form des *Volksraads* eingeführt, der jedoch bis 1927 nur beratende Funktionen hatte und erst dann an der Gesetzgebung beteiligt wurde. In ihm erlangten die indonesischen Vertreter 1931 die Hälfte der Sitze. Immerhin war er eine günstige Plattform für die Propagierung des wenig verbreiteten nationalen Gedankens. Ein 1937 im Volksraad eingebrachter Antrag auf Einberufung einer Konferenz zur Diskutierung einer niederländisch-indonesischen Föderation wurde von der niederländischen Regierung abgelehnt. Jedoch setzte diese 1940, als die japanischen Wünsche auf wirtschaftliche Zugeständnisse in Indonesien dringend wurden, die sogenannte *Visman-Kommission* zur Erforschung der Wünsche der Bevölkerung ein³⁾.

¹⁾ Über den völkerrechtlichen Status der Indonesischen Republik in der Zeit zwischen der japanischen Kapitulation und vor den Haager Verträgen vom November 1949 siehe die Aufsätze von A. Sastrowidjojo und R. Delson, *The status of the Republic of Indonesia in international law*, und C. C. Hyde, *The status of the Republic of Indonesia in international law*, beide in *Columbia Law Review*, Vol. 49, pp. 344–361 und 955–966. Ferner Idrham, *Recent developments in Indonesia*, *Pakistan Horizon* (Karachi), Vol. II, No. 1, p. 19–29.

²⁾ Die nationale Bewegung war am stärksten in Java und gewissen Teilen Sumatras, wo es westliche Formen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung gab. Von den insgesamt 70 Millionen Einwohnern Indonesiens (Schätzung von 1940) wohnen 48 Millionen (68%) in Java, 9 Millionen auf Sumatra.

³⁾ Über den verfassungsrechtlichen Zustand bis zum Ausbruch des pazifischen Krieges

Anlaß zu konkreteren Zugeständnissen gab die Entwicklung des Krieges in Europa und im Pazifik. Am 16. 6. 1941 verkündete die niederländische Exilregierung von London aus, daß sie nach Rückkehr in ihre Heimat beabsichtige, zur Beratung konstitutioneller Reformen in den Kolonien sowie des Verhältnisses zwischen ihnen und dem Mutterlande eine Konferenz mit beratenden Aufgaben einzuberufen. Weiter ging die Rundfunk-Erklärung der Königin Wilhelmine am 7. 12. 1942, ein Jahr nach Pearl Harbour⁴⁾. Auch sie versprach eine verfassungsrechtliche Konferenz und sprach erstmals von einem *Commonwealth*, in dem die Niederlande, Indonesien, Surinam und Curaçao Teilnehmer sein und Freiheit in inneren Angelegenheiten haben sollten. Indonesien war damals bereits unter japanischer Besetzung⁵⁾, und die Erklärungen des Generalgouverneurs für Niederländisch-Indien, H. J. van Mook, vom 18. 5. 1945 und später, und des Ministers für Überseeische Gebiete vom 17. 7. 1945 hatten geringe Wirkung in Indonesien⁶⁾.

Im Zuge seines an die Panamerikanische Union angelehnten Planes, eine *Great Eastasian Co-Property Sphere* zu schaffen, hatte Japan im Oktober 1943 in Indonesien einen Zentralrat geschaffen, der jedoch nicht den Status einer Regierung wie in anderen ostasiatischen Ländern unter japanischer Besetzung hatte. Den Vorsitz übernahm Sukarno, ein indonesischer Nationalist, den die Japaner aus dem Gefängnis befreit hatten⁷⁾. Er fuhr im November 1943 mit Mohammed Hatta zur Ostasien-Konferenz nach Tokio. Gegen Kriegsende, als die japanische Niederlage offenbar war, setzte Generalmajor Yamamoto, der japanische Stabschef in Java, einen Vorbereitenden Ausschuß zur Bildung einer eigenen indonesischen Regierung und Ausarbeitung einer Verfassung ein, ähnlich dem Vorgang in Indochina. Aus diesem Ausschuß entwickelte sich später das *Zentrale Nationalkomitee Indonesiens*, dessen Rolle der des Kongresses der amerikanischen Revolution verglichen worden ist⁸⁾. Am 17. 8. 1945, kurz nach der japanischen Kapitulation, verkündete der Ausschuß die *Unabhängigkeit Indonesiens* und bald darauf eine Verfassung von 37 Artikeln, die sich in manchen Formulierungen an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Bill of Rights

1941 siehe vor allem Vandebosch, *The Dutch East Indies*, 2. Aufl., Berkeley 1941; J. S. Furnivall, *Netherlands India*, New York 1939 sowie L. A. Mills and V. Thompson, *Government and nationalism in South-East Asia*, New York 1942.

4) Text: Ronde Tafel Conferentie te 's-Gravenhage, *Feiten en Documenten*, 1949, S. 81 ff.; englisch bei Wolf, *The Indonesian story*, New York 1948.

5) Am 9. 3. 1942 kapitulierten die niederländischen Kräfte in Indonesien vor den Japanern, am 15. 8. 1945 Japan.

6) So Steiner, *Post-war government of the Netherlands East Indies*, in *Journal of Politics*, vol. 9, p. 631 und 632, sowie Vandebosch, *The Netherlands-Indonesian Union*, in *Far Eastern Survey*, vol. 19, no. 1, p. 2.

7) Steiner, l. c., p. 642.

8) Steiner, l. c., p. 644.

hielt, aber auch marxistische Anspielungen hatte⁹). Präsident des Staates und der Regierung wurde S u k a r n o , Vizepräsident H a t t a . Ihnen zur Seite stand das Zentrale Nationalkomitee. Die Regierung bildete eine Armee und gelangte teils durch Gewalt, teils unter Duldung der Japaner in den Besitz japanischer Waffen¹⁰).

Dieser Ursprung der Regierung der indonesischen Republik wurde von den Niederländern als Mangel, als vitium originis, gewertet, und Sukarno als Kollaborator, Faschist und Kriegsverbrecher bezeichnet¹¹). Der Ursprung erwies sich auch bei den persönlichen Verhandlungen als erhebliches Hindernis für eine Einigung, denn im Gegensatz zu dem Verhalten anderer alliierter Staaten in Ostasien lehnten es die Niederländer ab, mit japanischen Kollaboristen zu verhandeln.

Die tatsächliche Entwicklung während und kurz nach der japanischen Besetzung Indonesiens stand im Gegensatz zu dem von den Niederländern bei ihrer Rückkehr erhobenen Anspruch, daß der frühere Zustand wieder zu gelten habe, insbesondere also die niederländisch-indische Regierung mit ihren Rechten von 1941 wieder einzusetzen sei. Diesen Anspruch konnten sie nur in den östlichen Gebieten durchsetzen, zu denen sie noch vor der japanischen Kapitulation im Zuge der Rückeroberung von Osten gelangt waren. Mit der Übernahme der Hauptgebiete aber, vor allem also von Java und Sumatra, wurde nach der japanischen Kapitulation der britische General Sir Ph. C h r i s t i s o n vom Alliierten Oberkommando Südost beauftragt, der am 29. 9. 1945 in Batavia eintraf. Sein Auftrag lautete nur, die japanische Übergabe entgegenzunehmen und die alliierten Gefangenen und Internierten zu evakuieren. Er lehnte es daher entgegen den niederländischen Wünschen ab, das Land wiederzuerobern, sich in dessen innere Verhältnisse einzumischen und (außer einigen Zivilbeamten und Soldaten) niederländische Streitkräfte einzulassen. Er besetzte nur einige wichtige Küstenplätze, die den niederländischen Streitkräften formell erst am 30. 11. 1946 übergeben wurden. Immerhin erreichten es die Niederländer, daß in einem Notenwechsel zwischen dem britischen Außenminister und dem niederländischen Botschafter in London die niederländische Souveränität über das Gebiet anerkannt wurde. Auch befahl der alliierte Oberkommandierende am 3. 9. 1945 der japanischen Okkupationsmacht, die im Innern des Landes nach wie vor unter alliierter Weisung die Macht auszuüben hatte, die „Indonesische Republik“ aufzulösen, und in einem weiteren Befehl vom 28. 9. 1945 wurde dem japanischen Oberkommando verboten, irgendwelche Auto-

⁹) Steiner, l. c., p. 640-642.

¹¹) Steiner, l. c., p. 642 f.

¹⁰) Steiner, l. c., p. 642, 644 f.

rität an eine politische Gruppe zu übertragen¹²⁾). Diese formellen Schritte blieben jedoch ohne Einfluß auf die tatsächlichen Verhältnisse.

Die nach Batavia gekommenen niederländischen Vertreter fanden sich zu Verhandlungen mit der Indonesischen Republik bereit, nachdem Sjahrir, der eine Zusammenarbeit mit der japanischen Besatzungsmacht abgelehnt hatte, zum Premierminister ernannt worden war, während Sukarno Staatspräsident blieb. Die Verhandlungen begannen im November 1945 unter dem Vorsitz von General Christison, führten aber zu keiner Einigung. Es kam zu Zusammenstößen zwischen britischen und indonesischen Truppen, und dies gab der Ukraine Veranlassung, den Fall am 8. 2. 1946 vor den Sicherheitsrat der UN zu bringen. Sie berief sich dabei auf Art. 34 der UN-Satzung (Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit) und rügte, daß die britischen und unter ihrer Anweisung auch japanische Truppen zur Unterdrückung der indonesischen Nationalbewegung benutzt würden, was gegen Art. 1 Ziff. 2 (Gleichheit der Rechte und der Selbstbestimmung der Völker) und Art. 73 (Gebiete ohne Selbstregierung) verstöße. Von britischer und niederländischer Seite wurde unter anderem die Zuständigkeit des Sicherheitsrates bestritten, da Indone-sien der niederländischen Souveränität unterstehe (Art. 2 Ziff. 7). Zu einem Beschuß oder anderen Maßnahmen der UN kam es nicht.

Immerhin machte die niederländische Regierung am 10. 2. 1946 genauere Vorschläge über die Grundlage weiterer Besprechungen; die Verhandlungen fanden zunächst unter dem Vorsitz von Sir A. Clark-Kerr (Lord Inverchapel), der zu diesem Zweck von der britischen Regierung nach Batavia gesandt worden war, statt und wurden in St. Hubertus in Holland, wo jedoch kein Ergebnis erzielt wurde, und dann wieder in Batavia unter dem Vorsitz von Lord Killiearn, dem britischen Sonderkommissar für Südostasien, fortgesetzt. Am 14. 10. 1946 kam es zu einem Waffenstillstand und der Einsetzung einer Waffenstillstandskommission und am 15. 11. 1946 zur Paraphierung des sogenannten *Linggadjati-Abkommens*, das in 18 Artikeln die Grundsätze für künftige Vereinbarungen enthielt. In Art. I des Abkommens heißt es:

“The Netherlands Government recognizes the Government of the Republic of Indonesia as exercising *de facto* authority over Java, Madura and Sumatra . . .¹³⁾”

¹²⁾ C. C. Hyde, l. c., p. 956.

¹³⁾ Text nach Sastroamidjojo, l. c., p. 350; abgedruckt im Jahrbuch für internationales und ausländ. öffentl. Recht, 1948, S. 586 ff.; holländischer Originaltext: Linggadjati, de ontwerp-overeenkomst, de toelichting der Commissie-Generaal, de regeeringsverklaring, Rijksuitgeverij/'s-Gravenhage 1946; Ronde Tafel Conferentie te 's-Gravenhage, Feiten en Documenten, 1949, S. 102–106.

Ferner heißt es in dem Abkommen, daß auch die Teile der genannten Inseln, die von alliierten und niederländischen Streitkräften besetzt seien, bis zum 1. 1. 1947 der Republik eingegliedert werden sollten. Indonesien solle auf bundesstaatlicher Basis zu den *Vereinigten Staaten von Indonesien* (VStI) zusammengefaßt werden, die aus den drei Republiken *Indonesien*, *Borneo* und *Großer Osten* bestehen sollten. Die VStI sollten mit den Niederlanden zu einer *Niederländisch-Indischen Union* zusammengefaßt werden, wobei die Niederlande auch *Surinam* und *Curaçao* umfassen sollten. Die Union sollte unter der niederländischen Krone stehen, in deren Namen auch Gesetze ergehen sollten, und der Union sollten gewisse Funktionen wie Auswärtiges, Militär und Finanzen vorbehalten sein.

Unmittelbar nach der Paraphierung des Abkommens begegneten beide Partner in ihrer Heimat großer Opposition, und die bei dieser Gelegenheit von ihnen gegebenen Auslegungen der Bestimmungen wichen erheblich voneinander ab. Als das Abkommen am 25. 3. 1947 doch noch unterzeichnet wurde, war es beiden Teilen klar, wie weit sie über seine Auslegung uneinig waren.

Die Folge der Unterzeichnung war, daß die Indonesische Republik von einer Reihe von Staaten *de facto* anerkannt wurde¹⁴⁾). Die Verhandlungen über die Durchführung des vereinbarten Planes aber führten zu keiner Einigung, und zahlreiche Brüche des Waffenstillstandes führten zum Stillstand der Verhandlungen, die auch durch ultimative Vorschläge der niederländischen Regierung vom 27. 5. 1947, die von den USA in einer Note vom 28. 6. unterstützt wurden, nicht wieder in Gang gebracht werden konnten.

Am 20. 7. 1947 griff die niederländische Regierung erstmals zu militärischen Mitteln. Sie drohte „eine Polizeimaßnahme von streng begrenztem Charakter“ an, da die Regierung der indonesischen Republik in ihrem Gebiet Sicherheit und Ordnung nicht aufrechterhalten könne und die Souveränität in dem Gebiete noch den Niederlanden zustehe.

Zunächst versuchten Großbritannien, Amerika, Australien und Indien außerhalb der UN die Einstellung der Kämpfe zu erreichen, und als dies fehlschlug, riefen die beiden letzteren am 30. 7. 1947 getrennt den Sicherheitsrat an. Dabei bezeichnete Australien die Feindseligkeiten als Friedensbruch und verlangte Maßnahmen zur Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit (Art. 39), während Indien sich

¹⁴⁾ J. F. Collins, *The United Nations and Indonesia* (International Conciliation, March 1950, No. 459), p. 124, sagt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Australien, China, Indien, Ägypten, Syrien, Irak und Libanon die Indonesische Republik *de facto* anerkannt hätten, während nach Sastroamidjojo and Delsing, l. c., p. 345, noch Burma, die Philippinen, Afghanistan, Iran und Saudi-Arabien teilweise *de jure* anerkannt haben sollen.

nur auf Art. 34 der UN-Satzung berief und Maßnahmen zur Beendigung einer Lage verlangte, die die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit gefährde.

Das Vorgehen des Sicherheitsrats war schnell und vorsichtig. Schwierigkeiten machte die Frage der Zuständigkeit, die von der niederländischen Regierung scharf verneint wurde, wobei ihr die kolonialen Mächte Belgien, Frankreich und Großbritannien sekundierten. Am 1. 8. 1947 faßte der Sicherheitsrat folgenden Beschuß:

"The Security Council, noting with concern the hostilities in progress between the armed forces of the Netherlands and the Republic of Indonesia, calls upon the parties

(a) to cease hostilities forthwith, and

(b) to settle their dispute by arbitration or by other peaceful means and keep the Security Council informed about the progress of the settlement¹⁵⁾."

Als die beiden Seiten zwar am 4. 8. die Einstellung des Feuers anordneten, die Kämpfe aber nicht aufhörten, veranlaßte der Sicherheitsrat durch Beschuß vom 25. 8. 1947¹⁶⁾ die Bildung einer *Kommission von Konsuln* in Batavia, die laufend über die Innehaltung der Einstellung der Feindseligkeiten berichten sollten. Die Kommission der Konsuln konstituierte sich am 1. 9. 1947 in Batavia unter dem Namen "*Security Council Consular Commission at Batavia*". Ihr gehörten die Berufskonsuln von Australien, Belgien, China, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten an.

¹⁵⁾ Text nach Collins, l. c., p. 194.

¹⁶⁾ "The Security Council

1. *Notes with satisfaction* the steps taken by the parties to comply with the resolution of 1 August 1947,

2. *Notes with satisfaction* the statement issued by the Netherlands Government on 11 August, in which it affirms its intention to organize a sovereign, democratic United States of Indonesia in accordance with the purpose of the Linggadjati Agreement,

3. *Notes* that the Netherlands Government intends immediately to request the career consuls stationed in Batavia jointly to report on the present situation in the Republic of Indonesia,

4. *Notes* that the Government of the Republic of Indonesia has requested appointment by the Security Council of a commission of observers,

5. *Requests* the Governments members of the Council who have career consular representatives in Batavia to instruct them to prepare jointly for the information and guidance of the Security Council reports on the situation in the Republic of Indonesia following the resolution of the Council of 1 August 1947, such reports to cover the observance of the cease-fire orders and the conditions prevailing in areas under military occupation or from which armed forces now in occupation may be withdrawn by agreement between the parties,

6. *Requests* the Governments of the Netherlands and of the Republic of Indonesia to grant to the representatives referred to in paragraph 5, all facilities necessary for the effective fulfilment of their mission,

7. *Resolves* to consider the matter further should the situation require." (Text nach Collins, l. c., p. 194 f.)

Sie beschränkten sich ihrem Auftrag gemäß auf Beobachtung und Berichterstattung über die Durchführung der Feuereinstellung. Zu diesem Zwecke besuchten sie persönlich verschiedene Gegenden oder sandten militärische Beobachter ab, die sie von ihren Heimatregierungen anforderten.

Weiterhin bildete der Sicherheitsrat durch Beschuß vom 26. 8. 1947¹⁷⁾ ein *Komitee der Guten Dienste*, das bei der friedlichen Beilegung des Streites helfen sollte. Dem Beschuß ging ein polnischer Vorschlag voraus, eine Kommission mit der Schlichtung (mediation and arbitration) zu beauftragen, um das Verfahren streng im Rahmen des Sicherheitsrates zu halten. Einer Schlichtung traten die Vereinigten Staaten entgegen mit der Begründung, daß letztlich die Parteien selbst für die Bedingungen und die Art der verfassungsrechtlichen Regelung in Indonesien verantwortlich seien; selbst ohne Rücksicht auf die Frage, ob der Sicherheitsrat in der Frage Jurisdiktion habe oder nicht, sei es berechtigt, daß der Rat nicht versuche, den Parteien eine bestimmte Art der friedlichen Beilegung des Streits aufzuerlegen, wenn sich das vermeiden ließe; die Anbietung der guten Dienste würde die Frage der Zuständigkeit des Rates nicht aufwerfen¹⁸⁾.

Die Kommission kam zustande, und zwar bestellten die Niederlande, die ausdrücklich ihre Ansicht über den Mangel der Zuständigkeit des Sicherheitsrats aufrechterhielten, einen Belgier zu ihrem Vertreter in dem Komitee, Indonesien einen Australier, und diese beiden wählten als Dritten einen Amerikaner. Das Komitee, das am 27. 10. 1947 in Batavia eintraf und dessen Mitglieder sich nicht als Vertreter der Parteien, sondern als unabhängig betrachteten, nahm zunächst den Standpunkt ein, daß es nur auf Verlangen der Parteien diesen Vorschläge für die politische Beilegung des Streites machen könne. Nachdem aber seine Befugnisse durch Beschuß des Sicherheitsrates vom 1. 11. 1947 erweitert worden waren¹⁹⁾, nahm es die Befugnis in Anspruch, auch ohne Aufforderung Vorschläge zu machen. Durch diesen Beschuß wurde das Komitee auch mit Aufgaben des Waffenstillstandes betraut.

¹⁷⁾ "The Security Council, *resolves* to tender its good offices to the parties in order to assist in the pacific settlement of their dispute in accordance with paragraph (b) of the resolution of the Council of 1 August 1947. The Council expresses its readiness, if the parties so request, to assist in the settlement through a committee of the Council consisting of three members of the Council, each party selecting one, and the third to be designated by the two so selected." (Collins, l. c., p. 195.)

¹⁸⁾ Collins, l. c., p. 133.

¹⁹⁾ In dem Beschuß heißt es: "The Security Council ... *Calls upon* the parties concerned forthwith to consult with each other, either directly or through the Committee of Good Offices ... *Requests* the Committee of Good Offices to assist the parties in reaching agreement on an arrangement which will ensure the observance of the cease-fire resolution ..." (Collins, l. c., p. 195 f.)

Dem Komitee gelang es schließlich, beide Parteien am 17. 1. 1948 zur Unterzeichnung des sogenannten *Renville-Abkommens*²⁰⁾ zu bewegen, so genannt nach dem amerikanischen Schiff Renville, auf dem die Unterzeichnung stattfand, da keine der Parteien in der von der anderen besetzten Zone verhandeln wollte.

Die Vereinbarung besteht aus zwei Teilen, einem Waffenstillstandsabkommen und zwölf politischen Prinzipien für die künftigen politischen Verhandlungen. Beide Teile sind sachlich der Gegenvorschlag der niederländischen Seite auf einen Vorschlag des Komitees; die niederländische Seite hatte die Annahme ihres Vorschlags ultimativ gefordert. Zwei Tage später nahmen die Parteien sechs zusätzliche Grundsätze an, die das Komitee zu dem niederländischen Gegenvorschlag gemacht hatte. In dem ersten dieser Grundsätze heißt es:

“Sovereignty throughout the Netherlands Indies is and shall remain with the Kingdom of the Netherlands until, after a stated interval, the Kingdom of the Netherlands transfers its sovereignty to the United States of Indonesia . . . The status of the Republic of Indonesia will be that of a State within the United States of Indonesia²¹⁾. ”

Der Sicherheitsrat diskutierte den vom Komitee vorgelegten Bericht, billigte das Abkommen von Renville und forderte das Komitee und die Parteien auf, ihn über den Fortgang der Durchführung des Abkommens zu unterrichten.

Während die militärischen Vereinbarungen über den Waffenstillstand im Renville-Abkommen eingehalten wurden, kamen die Verhandlungen über die Ausführung der politischen Bestimmungen nur langsam in Gang und brachen schließlich vollständig zusammen. Es wurden fünf Ausschüsse eingesetzt für politische, militärische, wirtschaftliche und Verwaltungsangelegenheiten, deren Tätigkeit von einem Leitenden Ausschuß (*steering committee*) aus den Vertretern beider Seiten und den Mitgliedern des Komitees des Sicherheitsrats dirigiert wurde.

Die wesentlichen Schwierigkeiten, die sich bei den politischen Verhandlungen ergaben, waren folgende:

V e r h a n d l u n g s t e c h n i s c h war zu beklagen, daß nach einer Neubesetzung der Mitgliedsposten des Komitees für Gute Dienste deren fruchtbare Zusammenarbeit entfallen war. Der belgische Vertreter verweigerte lange seine Zustimmung zu Vorschlägen der australischen und amerikanischen Vertreter, die daraufhin ihre Vorschläge informell an die Par-

²⁰⁾ Text: International Organization, Vol. II (1948), S. 404 ff.; holländisch in Ronde Tafel Conferentie te 's-Gravenhage, Feiten en Documenten, 1949, S. 107–116.

²¹⁾ Ebenda S. 407; Sastroamidjojo and Delson, l. c., p. 359.

teien gaben. Dieses Verfahren lehnte die niederländische Seite ab mit der Begründung, es falle außerhalb des Rahmens von Guten Diensten; weder das Komitee als Ganzes noch seine Einzelmitglieder könnten Vorschläge machen, ohne von beiden Seiten aufgefordert zu sein. Selbst aber machte die niederländische Vertretung keine Vorschläge. Diese rein verfahrensmäßige Schwierigkeit wurde überwunden nach einem erneuten Appell des Sicherheitsrats an die Parteien vom 29. 7. 1948 und durch die Bestellung eines neuen amerikanischen Vertreters bei dem Komitee für Gute Dienste, Merle Cochran. Auf seine Veranlassung unterbreitete das Komitee in einer vertraulichen Verbalnote, die außerhalb des amtlichen Berichts bleiben sollte, beiden Parteien einen Gesamtplan zur Bereinigung aller Fragen. Dieses Prozedieren vertrug sich mit den niederländischen Anschauungen über Gute Dienste, und ihre formellen Einwände wurden so beseitigt.

Die sachlichen Differenzen aber blieben ungelöst: Sie gingen fast alle darauf zurück, daß die Indonesische Republik ihre *de facto*-Autorität bewahren wollte, während die Niederländer viele ihrer Befugnisse, gerade auch in außenpolitischer Hinsicht, bestritten, wobei sie sich auf die oben angeführte Bestimmung des Renville-Abkommens über den Fortbestand der niederländischen Souveränität beriefen.

Hinzu kam, daß Handel und Verkehr darnieder lagen und die Indonesische Republik durch die niederländischen Restriktionen in Schwierigkeiten geriet. Zwar sah das Renville-Abkommen vor, daß Handel und Verkehr zwischen allen Gebieten erlaubt sei und Restriktionen von beiden Parteien zu vereinbaren seien. Jedoch nahm die niederländische Regierung auch auf diesem Gebiet das Recht in Anspruch, Verordnungen zu erlassen und zu erzwingen.

Hierzu kamen zunehmende Verletzungen des Waffenstillstandes. Die Beziehungen wurden so gespannt, daß die niederländischen Behörden im Anschluß an eine Schießerei das Gebäude der indonesischen Vertretung für die Verhandlungen in Batavia besetzen, durchsuchen und einen Teil ihrer Akten fortnehmen ließen – ein Zwischenfall, der niemals zur Zufriedenheit beigelegt werden konnte.

Schließlich gingen die Niederländer dazu über, neue Staaten und autonome Gebiete, auch auf Java und Sumatra selbst, ins Leben zu rufen, die außerhalb der Struktur der Indonesischen Republik standen. Diese neuen Gebilde wurden zu der *Konsultativen Föderativversammlung (Federal Consultative Assembly)* zusammengefaßt, und mit ihren Vertretern fanden auch Verhandlungen im Haag statt. Am 20. 8. 1948 wurde die niederländische Verfassung geändert, um so den Weg zu einer verfassungsrechtlichen Vereinbarung mit der in Aussicht genommenen Bündnisregierung ohne die Indo-

nesische Republik freizumachen. Nach einem Besuch des niederländischen Außenministers in Indonesien im November 1948 kündigte die niederländische Regierung an, daß sie nunmehr durch Dekret eine interimistische Bundesregierung auf Grund der Besprechungen mit den föderalistischen Gebieten einsetzen müsse und daß Verhandlungen mit der Indonesischen Republik unter den Auspizien des Komitees des Sicherheitsrates gegenwärtig zwecklos seien.

Im Dezember 1948 schritt die niederländische Regierung zu Handlungen gegen die Indonesische Republik. Am 17. 12. erließ sie ein Ultimatum, dessen rechtzeitige Beantwortung von dem Amerikaner Cochran sogleich als praktisch unmöglich bezeichnet wurde. Am nächsten Tage kündigte der niederländische Vertreter mit einer Frist von 1½ Stunden den Waffenstillstand von Renville, und die niederländische Regierung schritt zu dem für alle überraschend kommenden allgemeinen Angriff auf das Gebiet der Republik. Diese Aktion, die von niederländischer Seite als Polizeiaktion bezeichnet wurde, wurde mit außerhalb niederländischen Gebiets nach modernen Methoden ausgebildeten, mit ausländischen Waffen ausgerüsteten Truppen ausgeführt. Die Hauptstadt *Jogjakarta* wurde besetzt, der Präsident und der Vizepräsident der Republik, *Sukarno* und *Hatta*, wurden gefangen genommen.

Der *Sicherheitsrat* trat am 20. 12. 1948 zu einer Notsitzung zusammen und faßte am 24. 12. folgenden Beschuß:

“The Security Council,
Noting with concern the resumption of hostilities in Indonesia; and
Having taken note of the reports of the Committee of Good Offices;
Calls upon the parties
(a) to cease hostilities forthwith; and
(b) immediately to release the President and other political prisoners arrested since 18 December.

Instructs the Committee of Good Offices to report to the Security Council fully and urgently by telegraph on the events which have transpired in Indonesia since 12 December 1948; and to observe and report to the Security Council on the compliance with sub-paragraphs (a) und (b) above.”²²⁾

Bei der Fassung dieses Beschlusses enthielten sich die kolonialen Mächte Belgien und Frankreich der Stimme, da sie die Zuständigkeit des Sicherheitsrates bestritten, und die UdSSR, die die Verdammung der niederländischen Seite als Angreifer und die Zurückziehung ihrer Truppen gefordert hatte, weil die Verdammung als *aggressor* nicht in den Beschuß aufgenommen war.

²²⁾ Text nach *Collins*, l. c., p. 196–197.

Als auf einer Sitzung des Sicherheitsrates vom 27. 12. 1948 die Erklärung des niederländischen Vertreters nicht befriedigte, wurde nochmals durch Beschuß vom 28. 12. die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen gefordert. Nachdem der Sicherheitsrat von Paris nach Lake Success zurückgekehrt war und der Bericht des niederländischen Vertreters besagte, daß Sukarno und vier andere indonesische Führer zwar freigelassen aber weiterhin in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt seien, änderte der Sicherheitsrat seine Politik.

Mit Beschuß vom 28. 1. 1949²⁹⁾ verlangte der Sicherheitsrat von der

²⁹⁾ 406th Meeting, 28 January 1949 (United Nations Security Council, Official Records, Fourth Year, No. 9; United Nations Doc. S/1234, 28 January 1949):

The Security Council,

Recalling its resolutions of 1 August 1947, 25 August 1947, and 1 November 1947, with respect to the Indonesian Question;

Taking note with approval of the Reports submitted to the Security Council by its Committee of Good Offices for Indonesia;

Considering that its resolutions of 24 December 1948 and 28 December 1948 have not been fully carried out;

Considering that continued occupation of the territory of the Republic of Indonesia by the armed forces of the Netherlands is incompatible with the restoration of good relations between the parties and with the final achievement of a just and lasting settlement of the Indonesian dispute;

Considering that the establishment and maintenance of law and order throughout Indonesia is a necessary condition to the achievement of the expressed objectives and desires of both parties;

Noting with satisfaction that the parties continue to adhere to the principles of the Renville Agreement and agree that free and democratic elections should be held throughout Indonesia for the purpose of establishing a constituent assembly at the earliest practicable date, and further agree that the Security Council should arrange for the observation of such elections by an appropriate agency of the United Nations; and that the representative of the Netherlands has expressed his government's desire to have such elections held not later than 1 October 1949;

Noting also with satisfaction that the Government of the Netherlands plans to transfer sovereignty to the United States of Indonesia by 1 Januar 1950, if possible, and, in any case, during the year 1950;

Conscious of its primary responsibility for the maintenance of international peace and security, and in order that the rights, claims and position of the parties may not be prejudiced by the use of force;

1. Calls upon the Government of the Netherlands to insure the immediate discontinuance of all military operations, calls upon the Government of the Republic simultaneously to order its armed adherents to cease guerilla warfare, and calls upon both parties to co-operate in the restoration of peace and the maintenance of law and order throughout the area affected.

2. Calls upon the Government of the Netherlands to release immediately and unconditionally all political prisoners arrested by them since 17 December 1948 in the Republic of Indonesia; and to facilitate the immediate return of officials of the Government of the Republic of Indonesia to Jogjakarta in order that they may discharge their responsibilities under paragraph 1 above and in order to exercise their appropriate functions in full freedom, including administration of the Jogjakarta area, which shall include the city of Jogjakarta and its immediate environs. The Netherlands authorities shall afford

29) Z. ausl. öff. R. u. VR., Bd. XIII

niederländischen Regierung die sofortige Einstellung der militärischen Operationen und nochmals die sofortige und unbedingte Freilassung aller politischen Gefangenen, empfahl die Bildung einer interimistischen Bündnisregierung bis zum 15. 3. 1949 und die Übertragung der Souveränität an sie bis zum 1. 7. 1950 und wandelte das Komitee für Gute Dienste in eine Kommission der Vereinten Nationen für Indonesien (*United Nations Commission for Indonesia*) um. Die Kommission solle künftig als Vertreter des

to the Government of the Republic of Indonesia such facilities as may reasonably be required by that Government for its effective function in the Jogjakarta area and for communication and consultation with all persons in Indonesia.

3. *Recommends* that, in the interest of carrying out the expressed objectives and desires of both parties to establish a federal, independent, and sovereign United States of Indonesia at the earliest possible date, negotiations be undertaken as soon as possible by representatives of the Government of the Netherlands and representatives of the Republic of Indonesia with the assistance of the Commission referred to in paragraph 4 below on the basis of the principles set forth in the Linggadjati and Renville Agreements, and taking advantage of the extent of agreement reached between the parties regarding the proposals submitted to them by the United States representative on the Committee of Good Offices on 10 September 1948; and in particular, on the basis that:

- (a) The establishment of the Interim Federal Government which is to be granted the powers of international government in Indonesia during the interim period before the transfer of sovereignty shall be the result of the above negotiations and shall take place not later than 15 March 1949;
- (b) The elections which are to be held for the purpose of choosing representatives to an Indonesian Constituent Assembly should be completed by 1 October 1949; and
- (c) The transfer of sovereignty over Indonesia by the Government of the Netherlands to the United States of Indonesia should take place at the earliest possible date and in any case not later than 1 July 1950;

Provided that if no agreement is reached by one month prior to the respective dates referred to in sub-paraphraphs (a), (b), and (c) above, the Commission referred to in paragraph 4 (a) below or such other United Nations agency as may be established in accordance with paragraph 4 (c) below, shall immediately report to the Security Council with its recommendations for a solution of the difficulties.

- 4. (a) The Committee of Good Offices shall henceforth be known as the *United Nations Commission for Indonesia*. The Commission shall act as the representative of the Security Council in Indonesia and shall have all the functions assigned to the Committee of Good Offices by the Security Council since 18 December, and the functions conferred on it by the terms of this resolution. The Commission shall act by majority vote, but its reports and recommendations to the Security Council shall present both majority and minority views if there is a difference of opinion among the members of the Commission.
- (b) The Consular Commission is requested to facilitate the work of the United Nations Commission for Indonesia by providing military observers and other staff and facilities to enable the Commission to carry out its duties under the Council's resolutions of 24 and 28 December 1948 as well as under the present resolution, and shall temporarily suspend other activities.
- (c) The Commission shall assist the parties in the implementation of this resolution, and shall assist the parties in the negotiations to be undertaken under paragraph 3 above and is authorized to make recommendations to them or to the Security Council on matters within its competence. Upon agreement being reached in such

Sicherheitsrates handeln, seine Beschlüsse mit Mehrheitsentscheid fassen, den Parteien bei den Verhandlungen assistieren und dabei auch berechtigt sein, Empfehlungen zu machen und Vertreter aus anderen Gebieten als der Indonesischen Republik zur Teilnahme an den Verhandlungen einzuladen.

Die niederländische Regierung entgegnete im Februar 1949 mit dem Vorschlag, eine round-table conference im Haag einzuberufen. Dieser Vorschlag wurde zwar von der Indonesien-Kommission des Sicherheitsrats als praktisch ein Gegenvorschlag oder Substitut für den Beschuß vom 28. 1. 1949

negotiations the Commission shall make recommendations to the Security Council, as to the nature, powers, and functions of the United Nations agency which should remain in Indonesia to assist in the implementation of the provisions of such agreement until sovereignty is transferred by the Government of the Netherlands to the United States of Indonesia.

- (d) The Commission shall have authority to consult with representatives of areas in Indonesia other than the Republic, and to invite representatives of such areas to participate in the negotiations referred to in paragraph 3 above.
 - (e) The Commission or such other United Nations agency as may be established in accordance with its recommendation under paragraph 4 (c) above is authorized to observe on behalf of the United Nations the elections to be held throughout Indonesia and is further authorized, in respect of the Territories of Java, Madura and Sumatra, to make recommendations regarding the conditions necessary (a) to ensure that the elections are free and democratic, and (b) the guarantee freedom of assembly, speech and publication at all times, provided that such guarantee is not construed so as to include the advocacy of violence or reprisals.
 - (f) The Commission should assist in achieving the earliest possible restoration of the civil administration of the Republic. To this end it shall, after consultation with the parties, recommend the extent to which, consistent with reasonable requirements of public security and the protection of life and property, areas controlled by the Republic under the Renville Agreement (outside of the Jogjakarta area) should be progressively returned to the administration of the Government of the Republic of Indonesia, and shall supervise such transfer. The recommendations of the Commission may include provision for such economic measures as are required for the proper functioning of the administration and for the economic well-being of the population of the areas involved in such transfer. The Commission shall, after consultation with the parties, recommend which if any Netherlands forces shall be retained temporarily in any area (outside of the Jogjakarta area) in order to assist in the maintenance of law and order. If either of the parties fails to accept the recommendations of the Commission mentioned in this paragraph, the Commission shall report immediately to the Security Council with its further recommendations for a solution of the difficulties.
 - (g) The Commission shall render periodic reports to the Council, and special reports whenever the Commission deems necessary.
 - (h) The Commission shall employ such observers, officers and other persons as it deems necessary.
5. Requests the Secretary-General to make available to the Commission such staff, funds and other facilities as are required by the Commission for the discharge of its function.
6. Calls upon the Government of the Netherlands and the Republic of Indonesia to co-operate fully in giving effect to the provisions of this resolution.

angesehen²⁴⁾), der Sicherheitsrat ließ sich aber in seiner Direktive an die Kommission vom 23. 3. auf einen Kompromiß zwischen seinem früheren Beschuß und den niederländischen Plänen ein.

Wenn nunmehr die Verhandlungen und die anschließende Konferenz im Haag am 2. 11. 1949 zu einer Einigung führten, so waren daran außer der sehr wirksamen Mitwirkung der Indonesien-Kommission des Sicherheitsrats auch andere Umstände beteiligt. Einmal hatte die niederländische Regierung trotz der Besetzung des Gebietes der Indonesischen Republik keinen vollen militärischen Erfolg errungen, da weiterhin Guerillakämpfe stattfanden. Ferner verlangten die sogenannten *Föderalisten*, also die Vertreter der Gebiete außerhalb der Indonesischen Republik, deren Heranziehung zu allen weiteren Arbeiten. Auch in Holland selbst sprach sich die Arbeiterpartei gegen die Einsetzung einer interimistischen Regierung ohne die Indonesische Republik aus. Weiterhin hatten die Vereinigten Staaten die Marshall-Plan-Hilfe eingestellt und nicht zum letzten machte sich die moralische Wirkung der *Asien-Konferenz*, die in *New Dehli* vom 20. bis 23. 1. 1949 tagte und die Lage in Indonesien beriet, geltend, obwohl sie in sehr mäßiger Form sich darauf beschränkt hatte, in einem Beschuß den Sicherheitsrat aufzufordern, seiner Verpflichtung zur Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit nachzukommen.

Die Round Table Conference im Haag begann am 23. 8. 1949 und endete am 2. 11. 1949 mit der Unterzeichnung einer Mantelresolution nebst einer großen Anzahl von Vertragsentwürfen und anderen Dokumenten.

Teilnehmer der Konferenz waren drei Delegationen: die Vertreter der niederländischen Regierung, der Indonesischen Republik und der sogenannten *Föderalisten*²⁵⁾. Die Konferenz bestand aus der Vollversammlung, einem Leitenden Ausschuß (*Steering Committee*), fünf Haupt- und mehreren Nebenausschüssen. Ähnlich wie schon im *Renville-Abkommen* vorgesehen, waren die Hauptausschüsse eingesetzt für 1. politische und verfassungsrechtliche, 2. wirtschaftliche und Finanz-, 3. militärische, 4. kulturelle und 5. soziale Angelegenheiten. Der Leitende Ausschuß bestand aus je den drei höchsten Vertretern der drei Delegationen. Er gewann über die ihm zunächst nur zugesetzte Tätigkeit der Dirigierung der Arbeit der Ausschüsse hinaus immer mehr Bedeutung, da er von den anderen Ausschüssen häufig zur Entscheidung von Fragen angerufen wurde, über die sie sich nicht einigen konn-

²⁴⁾ UN, Security Council, Official Records, Fourth Year, Supplement for March 1949, p. 18 and 19.

²⁵⁾ Siehe die Geschäftsordnung (*Règlement intérieur de la Conférence de la Table Ronde*) in United Nations, Security Council, S/1417/Add 1, p. 1-9.

ten. Die Ausschüsse unterbreiteten ihre Entschlüsse in Form von Entwürfen dem Leitenden Ausschuß, der sie der Vollversammlung – evtl. auch in von ihm geänderter Form – vorlegte.

Über die Teilnahme der Kommission des Sicherheitsrates bestimmte Art. 3 der Geschäftsordnung, daß die Kommission „an der Konferenz teilnimmt gemäß ihrem Auftrag, wie er durch den Sicherheitsrat festgesetzt ist“. Nach Art. 6, 11 und 18 nahm sie stets an den Sitzungen der Vollversammlung und des Leitenden Ausschusses teil; an anderen Sitzungen konnte sie je nach den Umständen teilnehmen. Nach Art. 41 oblag es ihr, zu schlichten und zu vermitteln. Davon hat die Kommission häufig Gebrauch gemacht. Ihre Empfehlungen faßte sie dabei einstimmig. In der stark umstrittenen Frage der Schuldenübernahme wurde ein Sonderausschuß gebildet, dem auch ein Vertreter der Kommission angehörte, wobei die drei Delegationen im voraus übereinkamen, die Entscheidung der Kommission anzunehmen. Durch dieses Verfahren wurde ein Kompromiß erreicht, und die Rolle der Kommission kam in diesem Falle tatsächlich einer schiedsrichterlichen Tätigkeit gleich.

Auch wurde die Mantelresolution vom 2. 11. 1949 außer von dem Vorsitzenden der Konferenz (dem niederländischen Ministerpräsidenten), dem Generalsekretär und den Vorsitzenden der drei Delegationen auch von den drei Mitgliedern der Kommission des Sicherheitsrates und ihrem Sekretär unterzeichnet (vgl. unten S. 452). Die Mantelresolution nebst den anliegenden Dokumenten wurde dann gemäß Art. 211 der niederländischen Verfassung im niederländischen Gesetzblatt durch Gesetz vom 21. 12. 1949 verkündet²⁶⁾.

²⁶⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 570. Der Mantelresolution (Text unten S. 452) liegen folgende Vereinbarungen bei, die am 27. 12. 1949 in Kraft getreten sind:

I. V e r t r ä g e :

1. Charter über die Übertragung der Souveränität (Text unten S. 453);
2. Statut der Niederländisch-Indischen Union (Text unten S. 454 ff.) nebst einem Anhang über die Grundrechte (19 Punkte) und folgenden zusätzlichen Abkommen:
 - a) über die Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und den VStI auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen (Text unten S. 460);
 - b) über die Durchführung der Art. 2 und 21 des Unionstatuts (militärische Zusammenarbeit);
 - c) über Finanzen und Wirtschaft (Auszug unten S. 461 ff.) nebst einem Anhang: Liste der Handels- und Währungsabkommen, an denen Indonesien teilnimmt;
 - d) über kulturelle Angelegenheiten.
3. Abkommen über Übergangsmaßnahmen nebst folgenden zusätzlichen Abkommen:
 - a) über Staatsangehörigkeit (Text unten S. 469 ff.);
 - b) über die Stellung der Regierungsbeamten nach der Souveränitätsübertragung nebst zwei Anlagen: Anhang über die Beamtenkategorien und Abkommen über den Austausch von Regierungsbeamten zwischen den Parteien;
 - c) über militärische Angelegenheiten, bestehend aus drei Regulationen über Flotte, Landheer und Luftstreitkräfte in Indonesien nach der Übertragung der Souveränität.

II. A u s t a u s c h v o n B r i e f e n :

Am 27. 12. 1949 fand die formelle Übertragung der Souveränität im Haag statt in Form eines Protokolls und eines niederländischen Gesetzes. Außerdem hielt Königin Julianne eine Ansprache, in der sie den Vollzug der Übertragung der Souveränität verkündete. Das Protokoll²⁷⁾ ist bereits von den Vertretern der inzwischen in Indonesien konstituierten Regierung der Vereinigten Staaten von Indonesien unterzeichnet, also nicht mehr von den beiden Delegationen der früheren Verhandlungen. In dem Protokoll wird außer der Legitimation der Vertreter der VStI festgestellt, daß die Mantelresolution nebst den anliegenden Vereinbarungen von der niederländischen Regierung und den Gebieten der Indonesischen Republik angenommen worden sei, daß die Vereinbarungen daher als ratifiziert anzusehen seien und daß damit der neue Rechtszustand gemäß Art. 211 Abs. 1 der niederländischen Verfassung angenommen worden sei. In dem gleichzeitig ergangenen niederländischen Gesetz vom 27. 12. 1949²⁸⁾ wird festgestellt, daß mit diesem Tage die Übertragung der Souveränität rechtsgültig geworden, die Niederländisch-Indische Union zustande gekommen und die sonstigen Abkommen vom 2. 11. 1949 in Kraft getreten seien. Dieses Gesetz ist nur von Königin Julianne und ihren Ministern unterzeichnet. In

1. über Art. 2 der Charter über die Übertragung der Souveränität;
2. über das Union-Statut und die zusätzlichen Abkommen, nämlich
 - a) über das Recht der Niederlande, evtl. für Surinam und Curaçao zu handeln,
 - b) über Kriegergräber,
 - c) über den Austausch von Militärmissionen,
 - d) über künftige Besprechungen über die Beiträge der Niederlande zu der Flotte Indonesiens nach der Rückziehung der niederländischen Flotte aus Indonesien,
 - e) über sechs Punkte des Finanz- und Wirtschaftsabkommens nebst Anlage,
 - f) über die Aufhebung des Zinn-Abkommens zwischen den Niederlanden und Indonesien,
 - g) über gegenseitige Konsultation bei Gesetzen über Staatsangehörigkeit,
 - h) über die Nationalität von Staatsangehörigen eines Partners, die in den Diensten des anderen stehen,
 - i) über zivilprozessuale Gleichberechtigung,
 - j) über den Austausch von Hohen Kommissaren,
 - k) über Art. 8 und 9 des Finanz- und Wirtschaftsabkommens und über die Hohen Kommissare;
3. über das Abkommen über Übergangsmaßnahmen: Bildung von Vorbereitenden Ausschüssen
 - a) für die Rückziehung und Reorganisation der Luftflotte unter niederländischem Kommando,
 - b) für die Durchführung des Flottenabkommens.

Die gesamten Abkommen sind veröffentlicht englisch in "Round Table Conference Results as Accepted in the Second Plenary Meeting held on 2 November 1949 in the 'Ridderzaal' at The Hague, published by The Secretariat-General of the Round Table Conference", o. O. und J. (Leiden), außerdem holländisch, indonesisch und englisch im Staatsblad 1949, No. J 570.

²⁷⁾ Staatsblad 1949, No. J 600, p. 1-10.

²⁸⁾ „Akte van souvereiniteitsoverdracht en erkenning“, Staatsblad 1950 No. J 600 p. 14 f.

einer Zusatzerklärung zu dem Gesetz erklären sich aber die indonesischen Vertreter mit dem Inhalt des Gesetzes einverstanden.

Über den erfolgreichen Abschluß der Haager Konferenz berichtete die Indonesien-Kommission des Sicherheitsrats diesem²⁹⁾, und die Haager Lösung wurde von den meisten Mitgliedern begrüßt. Ein Beschuß jedoch, der unter anderem die Bildung eines unabhängigen Indonesischen Staates begrüßen und die Kommission zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit auffordern sollte, kam nicht zustande, da die osteuropäischen Länder dagegen stimmten; sie waren der Ansicht, die Abkommen brächten eine neue Form von kolonialem Status für Indonesien, nicht aber volle Unabhängigkeit.

Trotz der Ablehnung des Beschlusses kam die Tätigkeit der Kommission des Sicherheitsrats nicht zum Abschluß. Wie der Präsident des Sicherheitsrates feststellte³⁰⁾, wurde durch die Ablehnung der frühere Auftrag an die Kommission nicht hinfällig; ihre Aufgaben seien noch nicht abgeschlossen. Damit stimmen auch einige der Vorschriften der Haager Abkommen überein, wo die weitere Tätigkeit der Kommission gefordert wird. So heißt es in der Mantelresolution, daß die Indonesien-Kommission der UN gebeten wird, die Durchführung der Abkommen in Indonesien zu beobachten; ferner ist in den Abkommen vorgesehen, daß die Kommission bei Volksabstimmungen u. a. m. mitwirken solle.

II. Die Abkommen vom 2. November 1949

Die *Mantelresolution* bestimmt, daß ihre Annahme durch die Niederlande einerseits und die VStI andererseits als Ratifikation aller ihr anliegenden Vereinbarungen gelten soll und daß diese Vereinbarungen im Augenblick der Übertragung der Souveränität in Kraft treten sollen, ferner, daß von den drei Texten, in denen die Dokumente abgefaßt sind (niederländisch, indonesisch und englisch), im Zweifel der englische Text ausschlaggebend sein soll.

In der Charter über die *Souveränitätsübertragung* erklären die Niederlande, die Souveränität bedingungslos und unwiderruflich zu übertragen, und die VStI nehmen die Übertragung „auf der Grundlage ihrer Verfassung“ an. Die Verfassung selbst aber bildet keinen Teil der Abkommen. Über die Zugehörigkeit des niederländischen Teils von *Neu Guinea* konnten sich die Parteien während der Haager Konferenz nicht einigen. Sie

²⁹⁾ United Nations, Security Council, S/1417 v. 10. 11. 1949 und S/1417/Add. 1 vom 14. 11. 1949.

³⁰⁾ Security Council, Official Records, Fourth Year, No. 52, p. 35.

haben daher vereinbart (Art. 2), daß zunächst der status quo aufrechterhalten und der politische Status des Gebietes innerhalb eines Jahres durch eine Vereinbarung zwischen den Niederlanden und Indonesien bestimmt werden soll. Nach einem Briefwechsel hierzu bedeutet der Ausdruck *status quo*, daß die Regierung der Niederlande über diesen Teil Neu Guineas fortbestehen soll³¹⁾. Hierzu erklärte der niederländische Minister für überseeische Gebiete am 20. 6. 1950 im niederländischen Parlament, daß die niederländische Regierung über Neu Guinea andauern würde, bis die Bevölkerung für eine Selbstregierung bereit sei; es sei beabsichtigt, die Wirtschaft Neu Guineas zu entwickeln, wozu Indonesien wegen Mangels an Experten nicht imstande sei³²⁾. Der australische Außenminister hat am 8. 6. 1950 im australischen Parlament einen indonesischen Anspruch auf den niederländischen Teil von Neu Guinea scharf zurückgewiesen: dieses Gebiet sei für die australische Verteidigung lebensnotwendig³³⁾.

Das *Union-Statut* geht von dem Bestehen zweier unabhängiger und souveräner Staaten aus, den Niederlanden und den VStI. Hierzu haben die Parteien in einem Briefwechsel vereinbart, daß die Niederlande innerhalb der Union auch Surinam und die niederländischen Antillen vertreten können, soweit das durch das Ergebnis der mit diesen Gebieten schwebenden Verhandlungen gerechtfertigt sei. Das Haupt der Niederländisch-Indonesischen Union ist der Inhaber der niederländischen Krone (Art. 5). Ihre Organe sind: 1. die Ministerkonferenz, die jährlich zweimal zusammentreten soll und paritätische Ausschüsse einsetzen kann. Die Beschlüsse der Ministerkonferenz müssen einstimmig gefaßt werden und bedürfen, soweit sie gemeinsame Anordnungen enthalten, der Zustimmung der Parlamente beider Partner; 2. gemeinsame Beratungen zwischen Vertretern der Parlamente beider Partner; 3. ein ständiges Sekretariat und 4. ein Unions-Schiedsgericht, das Rechtsstreitigkeiten auf Antrag einer der beiden Parteien mit Stimmenmehrheit entscheidet (Art. 13, 15). Jeder der beiden Staaten bestellt bei dem anderen einen Hohen Kommissar, der „den Status eines diplomatischen Vertreters mit dem Rang eines Botschafters haben soll“ (Art. 25). In einem Briefwechsel hierzu ist vereinbart, daß die Hohen Kommissare die Privilegien und Immunitäten fremder Botschafter haben sollen und daß vor ihrer Ernennung das agrément der anderen Seite einzuholen ist. Außerdem sollen Kommissare bestellt werden, die Rang und Aufgaben von Konsuln und Generalkonsuln haben sollen³⁴⁾.

³¹⁾ Round Table Conference etc. p. 79–80.

³²⁾ New York Times v. 21. 6. 1950 p. 4.

³³⁾ Neue Zeitung (München) v. 9. 6. 1950.

³⁴⁾ Round Table Conference etc. p. 118.

Mehrere Abkommen dienen der Durchführung und Ergänzung des Union-Statuts:

Das Abkommen über die *auswärtigen Beziehungen* geht von dem Grundsatz getrennter auswärtiger Beziehungen und Vertretungen aus. Jedoch sollen die Parteien auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen zusammenarbeiten und ihre Politik koordinieren, insbesondere auch gemeinschaftliche Vertretungen auf internationalen Konferenzen haben. Wenn eine der Parteien in einem fremden Lande keine Vertretung unterhält, soll die andere den Vorrang haben, sie dort zu vertreten.

Das Abkommen über *militärische Angelegenheiten* (wörtlich: zur Durchführung der Art. 2 und 21 des Union-Statuts) legt jeder der Parteien die volle Verantwortung für die Verteidigung des eigenen Gebietes auf. Die im Union-Statut vorgesehene Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet soll durch den Austausch von Militärmisionen und Personal, durch Ausbildung von Offizieren und durch Konsultation bei Angriffsgefahr für eine der Parteien erfolgen. Dieses Abkommen muß in Zusammenhang mit dem Abkommen über Übergangsmaßnahmen und den dazugehörigen Dokumenten gelesen werden. Gem. Art. 7 des Abkommens über Übergangsmaßnahmen sind drei Regulationen über die niederländischen Streitkräfte in Indonesien ergangen, nämlich für die See-, die Land- und die Luftstreitkräfte. Diese Streitkräfte sollen zurückgezogen werden „as a Netherlands instrument“, und zwar in verhältnismäßig kurzer Frist, die Flotte zum Beispiel innerhalb eines Jahres. Diese Formulierung läßt jedoch die Stationierung von Flotten- und Flugzeugeinheiten zu anderen Zwecken in Indonesien zu. Ausdrücklich ist auch die niederländische Hilfe beim Aufbau einer indonesischen Streitmacht vorgesehen. Diesem Zweck dient die Niederländische Militärmision, über die ein besonderes Abkommen geschlossen ist. Ein Briefwechsel sieht alsbaldige Flottenbesprechungen³⁵⁾ und den freiwilligen Eintritt niederländischer Flieger in die indonesische Luftwaffe vor³⁶⁾.

Das Abkommen über *Finanzen und Wirtschaft* bot bei seiner Vorbereitung besondere Schwierigkeiten, die auch bei der Durchführung des Abkommens noch anhalten dürften. Die Niederländer verlangten vor allem: 1. die Erhaltung oder Rückgabe der Rechte ihrer Staatsangehörigen, 2. die Übernahme gewisser niederländischer Schulden durch Indonesien.

Grundsätzlich verspricht Indonesien, alle früheren Rechte der niederländischen Staatsangehörigen aufrechtzuerhalten oder den alten Besitzstand wiederherzustellen (Art. 1); bei zeitlich beschränkten Rechten, insbesondere Konzessionen, die während der Kriegs- und Nachkriegsjahre nicht aus-

³⁵⁾ Round Table Conference etc. p. 99.

³⁶⁾ Round Table Conference etc. p. 125.

geübt werden konnten, soll sogar eine entsprechende Verlängerung gewährt werden (Art. 7). Jedoch werden gewisse Ausnahmen gemacht. Bekanntlich wurden während des Krieges auf Befehl der japanischen Besatzungsmacht auf großen Plantagen die Bepflanzung für industrielle Exportzwecke beseitigt und die Gebiete für die Ernährung und Selbstversorgung der Bevölkerung nutzbar gemacht, häufig wurden auch einheimische Bauern dort angesiedelt. Hierauf bezieht sich Art. 1 Ziff. 3 a des Wirtschaftsabkommens, wonach in diesen Fällen besondere Einzelvereinbarungen zu treffen sind, ohne daß die jetzigen Okkupanten des Bodens vertrieben werden. Auch bei anderen Rechten als Landbesitz, die während der japanischen Besetzung oder später gewährt worden sind, behält sich Indonesien Ausnahmen von der grundsätzlichen Rückgabepflicht vor, ebenso wie bei der Nationalisierung von Unternehmen für die öffentliche Versorgung (Art. 7 Ziff. 2 und 4). Es scheint jedoch, daß in allen diesen Fällen eine Entschädigung gezahlt werden soll (Art. 3).

Unter den von Indonesien zu übernehmenden Schulden (Art. 25) befinden sich nicht nur solche, die für Niederländisch-Indien aufgenommen worden waren, sondern auch Anteile an allgemeinen niederländischen Staatsanleihen, sogar an solchen, die nach dem Kriege von den Niederlanden für die Unterhaltung und Ausrüstung ihrer Truppen in Indonesien eingegangen worden sind. In diesen Zusammenhang gehört auch Art. 4 des Abkommens über Übergangsmaßnahmen. Danach übernimmt Indonesien die früheren Schulden der öffentlichen Institutionen Niederländisch-Indiens.

Eine von niederländischer Seite erhoffte Vorzugsbehandlung ihrer Staatsangehörigen in wirtschaftlicher Hinsicht hat Indonesien grundsätzlich abgelehnt und nur Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung zugesagt (Art. 11). Jedoch hat es in anderen Bestimmungen die Berücksichtigung der besonderen Interessen der Holländer (Art. 11 Abs. 2) und allgemein gegenseitige Vorzugsbehandlung zugestanden (Art. 22), und dies zusammen kann doch zu einer Besserstellung der niederländischen Staatsangehörigen gegenüber anderen Ausländern führen.

Besonders wichtig sind für die Niederlande die Zugeständnisse und Ausnahmen bei der indonesischen Devisenbewirtschaftung. Unter den Zahlungen, die nach den Niederlanden gemacht werden können, befinden sich u. a. Pensionen, Zinsen, Dividenden und Ersparnisse (Art. 18).

In dem Abkommen über *Übergangsmaßnahmen* findet sich die wichtige Bestimmung (Art. 2), daß die künftige *Einteilung der VStI* durch die konstitutionelle Versammlung bestimmt festgelegt werden soll, daß in einzelnen Gebieten der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden soll, unter Überwachung der Kommission des Sicherheitsrates über die Errichtung eines

eigenen Staates abzustimmen, und daß jeder Staat einzeln die Verfassung zu ratifizieren hat. Wie oben bemerkt, wollte die niederländische Regierung vor der Haager Konferenz möglichst viele Einzelstaaten schaffen, die dann in einer *Föderativen Versammlung* zusammengefaßt den dritten Partner in den Haager Verhandlungen bildeten; es scheint, daß sie dabei das Einheitsbestreben der Indonesier unterschätzt hat. Es waren bei den Haager Verhandlungen außer der Indonesischen Republik insgesamt 15 Staaten und autonome Gebiete vertreten, die auch in dem Protokoll vom 27. 12. 1949 über die Übertragung der Souveränität ebenso wie in der Verfassung der VStI aufgezählt sind. Inzwischen haben aber immer mehr dieser teilweise sehr kleinen Staaten und autonomen Gebiete ihre Vereinigung mit der Indonesischen Republik erklärt. Ein Bericht in der „New York Times“ vom 30. 4. 1950 besagt, daß es jetzt außer der Indonesischen Republik nur noch die Staaten Ost-Indonesien (die Inseln von Bali aus östlich und nördlich bis Neu-Guinea, also u. a. *Flores, Celebes, Timor Ceram*), wo noch viel niederländischer Einfluß sei, und *Ost-Sumatra*, wo eine autoritäre Regierung bestehe, gebe. Lediglich die kleine Insel *Ambon* (Amboina) südlich von Ceram habe am 26. 4. 1950 ihre Unabhängigkeit von Ost-Indonesien erklärt und eine *Republik Süd-Molukken* ausgerufen³⁷⁾.

Diese Entwicklung zu einem Einheitsstaat scheint von niederländischer Seite geteilt beurteilt zu werden. Einerseits wird sie als verfassungswidrig³⁸⁾, andererseits als unvermeidliche und vielleicht beste Lösung betrachtet³⁹⁾. Verfassungsmäßig entsteht dadurch der unvorhergesehene Zustand, daß die Regierung des Bundes (VStI) an Einfluß einbüßt, während die Regierung der Indonesischen Republik wachsende Bedeutung erhält. Dies wird nur teilweise dadurch ausgeglichen, daß die geistigen Führer der indonesischen Bewegung und früheren Leiter der Indonesischen Republik, vor allem also *Sukarno* und *Hatta*, inzwischen zu der Regierung der VStI übergewechselt sind und daß auch das frühere Heer der Indonesischen Republik den VStI unterstellt worden ist⁴⁰⁾.

³⁷⁾ Dagegen hat die Regierung der VStI eine Blockade verhängt, siehe „New York Times“ v. 7. 5. 1950.

³⁸⁾ So eine niederländische Regierungserklärung im niederländischen Parlament, vgl. „New York Times“ v. 24. 5. 1950.

³⁹⁾ Vgl. den Bericht von *Tillman Durdin* in „New York Times“ v. 30. 4. 1950.

⁴⁰⁾ Nach einem Bericht in der „New York Times“ v. 14. 8. 1950, p. 3/5, hat der Präsident der VStI auf Grund von Notverordnungen die einzelnen Staaten einen nach dem andern mit der Indonesischen Republik vereinigt. In den verbliebenen zwei Staaten (Ost-Indonesien, Ost-Sumatra) und dem kleinen Gebiet West-Borneo seien, als ihre Regierungen zerfallen seien, Beamte von der Bundesregierung eingesetzt worden; auch sei die Bundesregierung ermächtigt worden, die drei Gebiete in den Verhandlungen mit der Indonesischen Republik zu vertreten. Eine neue Verfassung sei im Bundesparlament ausgearbeitet worden.

In dem Abkommen über Übergangsmaßnahmen und den Zusatzabkommen finden sich auch Bestimmungen über die Regelung der Staatsangehörigkeit und die Stellung der Beamten in indonesischen Diensten, die früher in niederländischen Diensten standen. Diese Vorschriften sind von unmittelbarer praktischer Bedeutung ebenso wie sie viel wissenschaftlichen Stoff für die Fragen der Staatensukzession und -teilung enthalten.

Die Verfassung der VStI ist der Haager Konferenz nur zur Kenntnisnahme vorgelegt worden, war aber nicht Gegenstand von Erörterungen⁴¹⁾. Sie gilt nur vorläufig bis zum Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Sie sieht einen Bundesstaat vor, der sich aus Staaten (negara) und autonomen Gebieten zusammensetzt. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Staaten sind katalogmäßig aufgeteilt, wobei der Nachdruck beim Bund liegt. Die Regierung besteht aus dem Staatspräsidenten und den Ministern. Bei der augenblicklichen Neigung zugunsten eines Einheitsstaates ist nicht abzusehen, wie die wirkliche Verfassung aussehen wird.

Karl Bünger, Tübingen

COVERING RESOLUTION⁴²⁾

The Delegations of:

1. The Kingdom of the Netherlands,
2. The Government of the Republic Indonesia,
3. The Federal Consultative Assembly,

Considering that they have assembled at the Round Table Conference to achieve, at the earliest possible time, an appropriate and lasting solution of the Indonesian conflict by reaching agreement between the participants on the way of transferring real, complete and unconditional sovereignty to the Republic of the United States of Indonesia, in accordance with the Renville-principles;

Considering that this aim has been achieved in good cooperation;

Considering that the United Nations Commission for Indonesia has given valuable assistance;

Have reached the following decision:

- I. The results of the Round Table Conference are embodied in draft agreements and in letters, which documents are attached to this resolution.

Ihre Annahme stünde bevor. Sie sehe einen Einheitsstaat vor, und zwar durch die Eingliederung aller Staaten in die Indonesische Republik. Damit würde also diese an die Stelle der VStI in die Niederländisch-Indonesische Union eintreten.

⁴¹⁾ Text der Verfassung in Round Table Conference etc. Anhang pp. 1-56.

⁴²⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 570, S. 249 f.

II. A. The draft agreements are the following:

1. the draft Charter of Transfer of Sovereignty;
2. the draft Union Statute including appendix and special agreements on the principal subjects of future cooperation;
3. the draft Agreement on Transitional Measures including special agreements on the settlement of those subjects, which require provision as a result of the transfer of sovereignty.

B. The Delegations have expressed their respective points of view on a number of separate issues in an exchange of letters.

III. The documents enumerated under A and B are drawn up in the Netherlands and in the Indonesian languages. Both texts have equal value.

The official English text will prevail in case of divergent interpretation of the Netherlands and Indonesian texts.

IV. The acceptance of this resolution by the Kingdom of the Netherlands on the one side and the territories acceding to the Republic of the United States of Indonesia on the other side will be considered the ratification of the documents attached to this resolution. The ratification by party will loose validity, if any other party does not ratify this resolution.

V. The agreements referred to under II will come into force at the moment of the transfer of sovereignty which will take place at a formal ceremony at Amsterdam, to be held not later than 30 December 1949.

VI. The United Nations Commission for Indonesia or an other United Nations Agency shall observe in Indonesia the implementation of the agreements reached at the Round Table Conference.

[Unterschriften; vgl. oben S. 445]

Note. In the English text the covering resolution has been signed first by the Chairman of the Delegation of the Federal Consultative Assembly, in the Indonesian language it has been signed first by the Chairman of the Delegation of the Government of the Republic Indonesia, and in the Netherlands text it has been signed first by the Chairman of the Delegation of the Kingdom of the Netherlands.

CHARTER OF TRANSFER OF SOVEREIGNTY¹⁾

Article 1

1. The Kingdom of the Netherlands unconditionally and irrevocably transfers complete sovereignty over Indonesia to the Republic of the United States of Indonesia and thereby recognizes said Republic of the United States of Indonesia as an independent and sovereign State.

¹⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 600, S. 24.

2. The Republic of the United States of Indonesia accepts said sovereignty on the basis of the provisions of its Constitution which as a draft has been brought to the knowledge of the Kingdom of the Netherlands.

3. The transfer of sovereignty shall take place at the latest on 30 December 1949.

Article 2

With regard to the residency of New Guinea it is decided:

a) in view of the fact that it has not yet been possible to reconcile the views of the parties on New Guinea, which remain, therefore, in dispute,

b) in view of the desirability of the Round Table Conference concluding successfully on 2 November 1949,

c) in view of the important factors which should be taken into account in settling the question of New Guinea,

d) in view of the limited research that has been undertaken and completed with respect to the problems involved in the question of New Guinea,

e) in view of the heavy tasks with which the Union partners will initially be confronted, and

f) in view of the dedication of the parties to the principle of resolving by peaceful and reasonable means any differences that may hereafter exist or arise between them,

that the status quo of the residency of New Guinea shall be maintained with the stipulation that within a year from the date of transfer of sovereignty to the Republic of the United States of Indonesia the question of the political status of New Guinea be determined through negotiations between the Republic of the United States of Indonesia and the Kingdom of the Netherlands.

Amsterdam, 27 December 1949.

*The Prime Minister, Minister
of Foreign Affairs a.i. of the
Republic of the United States
of Indonesia,*

MOHAMMAD HATTA.

*The Prime Minister, Minister of
General Affairs of the Kingdom
of the Netherlands,*

W. DREES.

UNION STATUTE¹⁾

The Kingdom of the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia,

having resolved on a basis of free will, equality and complete independence to bring about friendly cooperation with each other and to create the Netherlands Indonesian Union with a view to effectuate this future cooperation,

have agreed to lay down in this Statute of the Union the basis of their mutual relationship as independent and sovereign States,

¹⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 600, S. 39 ff.

thereby holding that nothing in this Statute shall be construed as excluding any form of cooperation not mentioned therein or cooperation in any field not mentioned therein, the need of which may be felt in the future by both partners.

CHARACTER OF THE UNION

Article 1

1. The Netherlands Indonesian Union effectuates the organized cooperation between the Kingdom of the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia on the basis of free will and equality in status with equal rights.
2. The Union does not prejudice the status of each of the two partners as an independent and sovereign State.

PURPOSE OF THE UNION

Article 2

1. The Union aims at cooperation of the partners for the promotion of their common interests.
2. This cooperation shall take place with respect to subjects lying primarily in the field of foreign relations and defence, and as far as necessary, finance, and also in regard of subjects of an economic and a cultural nature.

Article 3

1. The two partners undertake to base their form of government on the principles of democracy and to aim at an independent judiciary.
2. The two partners shall recognize the fundamental human rights and freedoms enumerated in the Appendix¹⁾ to this Statute.

PROCEDURE OF THE UNION

Article 4

All decisions in the Union shall be taken in agreement between the two partners.

HEAD OF THE UNION

Article 5

1. At the head of the Union shall be Her Majesty Queen Juliana, Princess of Orange Nassau, and in case of succession Her lawful successors in the Crown of the Netherlands.
2. In case of minority of the Head of the Union, or in case the Head of the Union is unable to perform His office and further in case the Head of the Union temporarily ceases to perform His office, both partners shall make the necessary provision in common agreement.

Such provision may be made in common agreement in advance.

¹⁾ Hier nicht abgedruckt (D. Red.).

Article 6

The Head of the Union effectuates the spirit of voluntary and lasting cooperation between the partners.

THE ORGANS OF THE UNION**Article 7**

For the implementation of the purposes of the Union the ministers or persons vested by the respective constitutions of the partners with equal or similar responsibility, having been designated for this purpose by each of the partners, shall hold conferences twice a year and further as often as the partners shall deem necessary.

Unless otherwise agreed, three ministers of each partner will participate in these conferences.

Article 8

The ministers participating in the conference remain responsible to the respective organs of the partners on the basis of the respective constitutions of the partners.

Article 9

The conference of ministers shall institute committees as circumstances may require, in which each of the two partners shall appoint members on a basis of parity.

Article 10

1. The two partners shall effectuate good contact and regular cooperation between the parliaments of the partners.

2. The first discussion between representatives of the parliaments shall take place within eight months after the coming into being of the provisional parliament of the Republic of the United States of Indonesia.

Article 11

1. The Union shall be served by a permanent secretariat. Each of the partners shall appoint a secretary-general, each of whom shall take charge of the secretariat by yearly rotation.

2. The other personnel shall be appointed in agreement between the two secretaries-general in accordance with an instruction drawn up jointly by the two partners.

DECISIONS AND JOINT REGULATIONS**Article 12**

1. Decisions of the conference of ministers shall be taken by unanimity of votes between the representation of the Kingdom of the Netherlands on the one side and that of the Republic of the United States of Indonesia on the other.

2. Decisions of the conference may be given effect in accordance with the following procedure.

3. Decision taken at the conference of ministers for the enactment of joint regulations require approval by the respective parliaments of the partners. After approval by the two parliaments, the Head of the Union shall state that agreement exists between the two partners and the joint regulation shall thereupon be promulgated in the official Statute Book of each of the partners. By this promulgation the joint regulation shall have force of law. The joint regulations are inviolable.

4. In respect of other decisions of the conference the Head of the Union, upon request of the conference, may likewise state that agreement exists between the two partners.

UNION COURT OF ARBITRATION

Article 13

1. There shall be a Union Court of Arbitration for the settlement of matters of law and justice in the name of the Head of the Union.

2. The Court shall take cognizance of legal disputes, brought before the Court by one of the partners against the other, or jointly by both partners, arising from the Union Statute, from any agreement between the partners or from joint regulations.

Article 14

1. The Union Court of Arbitration shall consist of three members appointed by the Kingdom of the Netherlands and three members appointed by the Republic of the United States of Indonesia.

2. The members of the Court shall be appointed for a period of ten years. They shall resign in any case once they reach the age of sixty five years.

3. The chairman shall be elected, every year a Netherlander and an Indonesian in turn, by and from amongst the members of the Court.

4. Prior to taking up their office, the members of the Court shall, before the Head of the Union, take the oath or make the promise in accordance with their religious faith, that they shall fulfil their office honestly, scrupulously and impartially and shall comport themselves in the exercise of their duties as befits a good member of the Union Court of Arbitration.

Article 15

1. The Union Court of Arbitration shall decide by majority of votes.

2. In case votes are equally divided the Court shall, unless the two partners otherwise request, call upon the President of the International Court of Justice or upon an other international authority, to be designated by majority of votes, with the request to appoint a person of an other nationality as special member of the Union Court of Arbitration, who, having the rights of an ordinary member, shall take part in a renewed consideration of the dispute and in the decision thereon.

30 Z. ausl. öff. R. u. VR., Bd. XIII

Article 16

Further provisions concerning the rules of procedure, the organization and regulation of the activities of the Union Court of Arbitration shall be established in a joint regulation. As long as such a joint regulation does not exist, the Court itself shall determine its rules of procedure and the organization and regulation of its activities, paragraph 2 of the preceding article being applicable if no agreement can be reached in this matter.

Article 17

The two partners undertake to comply with the decisions of the Union Court of Arbitration and to implement such decisions under their own authority and responsibility each within his own territory.

Article 18

In case of conflict between provisions of the law of the partners and of the public bodies within their jurisdiction on the one side and the Union Statute or any agreement between the partners or a joint regulation on the other, the latter category of provisions shall prevail.

Article 19

The two partners reserve all their rights under international law or otherwise to solicit the decision of an international court or arbitrator in cases where both partners consider the Union Court of Arbitration incompetent or in cases where the Court declares itself incompetent.

FOREIGN RELATIONS**Article 20**

Provisions concerning the cooperation between the partners in the field of foreign relations are set forth in the agreement attached to the present Statute.

DEFENCE**Article 21**

Provisions concerning the cooperation between the partners in the field of defence are set forth in the agreement attached to the present Statute.

FINANCIAL AND ECONOMIC RELATIONS**Article 22**

Provisions concerning the cooperation between the partners in the field of financial and economic relations are set forth in the agreement attached to the present Statute.

CULTURAL RELATIONS**Article 23**

Provisions concerning the cooperation between the partners in the cultural field are set forth in the agreement attached to the present Statute.

NATIONALITY**Article 24**

1. Without prejudice to the provisions made or still to be made in special agreements between the partners, with regard to the exercise of political and other rights by nationals of one partner within the jurisdiction of the other partner, the following shall apply:

a) the nationality of one partner shall not constitute an objection against serving officially within the jurisdiction of the other partner, except for:

1 a) offices, the holder of which is responsible to a representative body, unless the law should provide otherwise;

2 a) those political, authoritative, judicial and leading offices which are specified as such by law;

b) with regard to the exercise of civil rights and social activities, each partner shall always fully appreciate the special interests within his jurisdiction of the nationals and corporate bodies of the other partner, and therefore shall make no appreciable discrimination between their respective nationals and corporate bodies, without prejudice to the power of either partner to establish regulations required for the protection of their national interests or for the protection of economically weak groups.

2. On no account shall the nationals and corporate bodies of either of the partners receive within the jurisdiction of the other partner treatment less favourable than nationals and corporate bodies of a third State.

SPECIAL PROVISIONS**Article 25**

To further the interests of the partners within each other's territory the Governments of the partners shall appoint High Commissioners. These shall have the status of diplomatic representatives with the rank of ambassador.

Article 26

1. Unless otherwise agreed each partner shall bear one half of the expenses of the Union.

2. Further provisions in respect of the expenses of the Union shall be established by joint regulation. As long as such a joint regulation does not exist, the conference of ministers shall make the necessary provisions.

Article 27

1. All official documents, issued by the conference of ministers or by other Union organs shall be in the Netherlands and Indonesian languages.

2. Both texts shall be equally authentic.

Article 28

The Union Statute and the agreements pertaining thereto as well as the joint

regulations and future agreements may be presented to the Secretariat of the United Nations for registration in accordance with article 102 of the Charter of the United Nations.

Amsterdam, 27 December 1949.

*The Prime Minister, Minister
of Foreign Affairs a.i. of the
Republic of the United States
of Indonesia,
MOHAMMAD HATTA.*

*The Prime Minister, Minister of
General Affairs of the Kingdom
of the Netherlands,*

W. DREES.

**AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF THE
UNITED STATES OF INDONESIA AND THE KINGDOM OF
THE NETHERLANDS TO REGULATE THEIR COOPERATION
IN THE FIELD OF FOREIGN RELATIONS¹⁾**

The Republic of the United States of Indonesia and the Kingdom of the Netherlands inspired by an equal desire to achieve cooperation in the field of their foreign relations,

have decided to conclude the following agreement to regulate such cooperation.

Article 1

The Netherlands Indonesian Union shall effectuate cooperation in the field of foreign relations.

Where both partners feel that it is in their interest and so decide, the conference of ministers may provide for joint or common representation in international intercourse.

Article 2

On the primary consideration of the principle that each of the partners conducts his own foreign relations and determines his own foreign policy, they shall aim at coordinating their foreign policy as much as possible and at consulting each other thereon.

Article 3

Neither partner shall conclude a treaty, nor shall he perform any other juridical act in international intercourse, involving the interests of the other partner, unless after consultation with said partner.

Article 4

In case one of the partners has not accredited a diplomatic representation in a foreign country, he shall have his interests represented by preference by the diplomatic representation of the other partner to said foreign country.

¹⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 570, S. 261.

Article 5

In case one of the partners requests technical or other cooperation for the conduct of his foreign relations, the other partner shall extend such cooperation to the best of his ability.

FINANCIAL & ECONOMIC AGREEMENT²⁾

The Kingdom of the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia guided by the desire to regulate the new relations in the financial and economic field created by the transfer of sovereignty and to reach cooperation in this field;

In consideration of articles 2 and 22 of the Union Statute;

Have resolved to conclude the following agreement.

SECTION A**RIGHTS, CONCESSIONS, LICENCES AND OPERATION
OF BUSINESS ENTERPRISE****Article 1**

1. In respect of the recognition and restoration of the rights, concessions and licences properly granted under the law of the Netherlands Indies (Indonesia) and still valid on the date of transfer of sovereignty, the Republic of the United States of Indonesia will adhere to the basic principle of recognizing such rights, concessions and licences. The Republic of the United States of Indonesia also recognizes, in so far as this has not yet been done, that the rightful claimants be restored to the actual exercise of their rights under the proviso referred to in the following paragraphs of this article.

2. The Republic of the United States of Indonesia reserves the right to conduct an investigation in respect of important rights, concessions and licences granted after 1 March 1942 which may influence the economic policy of the Republic of the United States of Indonesia, for the purpose of considering whether the application of article 2 is desirable.

3. Account shall be taken of:

a) The situation resulting from the fact that, during the Japanese occupation and the subsequent period of revolution, estate grounds, on which the crops were removed for the benefit of food-cultivation or to make way for housing, were occupied by the population – with the approval of the Japanese authorities during the occupation – and that in certain cases the removal of the population concerned from these grounds without further consideration and the return of such grounds to the estates concerned would create too much unrest and that such a return is often

²⁾ A.a.O., S. 265 ff.

impossible. Each case shall be judged on its own merits and a solution shall be sought acceptable for all parties concerned.

b) The necessity that certain private properties remain (are) temporarily requisitioned against indemnity for government service in the interest of the country.

c) The withdrawal under the Undang-Undang Republik Indonesia 1948 Nr. 13 of the conversion rights in the residencies of Jogjakarta and Surakarta which was necessitated by changed conditions in general and changed views of the population in particular. In this case, the Republic of the United States of Indonesia will arrange for the legal provisions required to ensure the enterprises concerned the greatest possible security in respect of the acquisition of the lands required for these enterprises.

4. The possibility that public utilities, such as privately owned rail- and tramways and powerplants (gas and electricity) will be nationalized by the Republic of the United States of Indonesia which will be carried out by way of expropriation c. q. "naasting", shall have no influence upon the reinstatement of the rightful claimants in the actual exercise of their rights. In this legal restoration, account may be taken of the form of management of the rail- and tramways at the time of transfer of sovereignty.

Article 2

The rights, concessions and licences referred to in article 1, paragraph 1, may be infringed upon only in the public interest, including the welfare of the people, and through amicable settlement with the rightful claimants, and if the latter can not be achieved, by expropriation for the public benefit such in accordance with the provisions of article 3.

Article 3

Expropriation, nationalization, liquidation, compulsory cession or transfer of properties or rights, shall take place exclusively for the public benefit, in accordance with the procedure prescribed by law and, in the absence of an agreement between the parties, against previously enjoyed or guaranteed indemnity to be fixed by judicial decision at the real value of the object involved, such in accordance with provisions to be prescribed by law.

The conditions of previously received or previously guaranteed indemnity due do not apply in cases where war, threat of war, insurrection, fire, floods, earthquake, volcanic eruption or other emergencies require immediate seizure.

Article 4

On behalf of existing and new enterprises and estates, the possibility will be made available for an extension, a renewal or the granting of rights, concessions and licences required for their operation. This will take place at such conditions, and for a period and at a time so as to enable the enterprises remaining or being operated on a sound business basis and the lawful owners being guaranteed a continuity making possible the investments required for normal long term business operations,

except in those cases which are in contravention with the public interest including the general economic policy of the Republic of the United States of Indonesia.

Article 5

The enterprises and estates will cooperate with and enable participation of Indonesian capital subject to this being justified from a business point of view.

Article 6

The Republic of the United States of Indonesia will make the provisions required to safeguard the lawful owners exercising their rights, concessions and licences referred to in article 1, first paragraph, to promote resumption and lastingness of economic activity. In this respect, however, it shall be borne in mind that the general economic policy to be pursued by the Republic of the United States of Indonesia shall in the first place be focused on the economic building up of the Indonesian community as a whole, in the sense that the interests and material and spiritual progress of the Indonesian people as a whole are best served by creating a maximum of effective purchasing power and raising the standard of living of the people.

Article 7

In regard to all rights, concessions and licenses referred to in article 1, paragraph 1, which could not be exercised as a result of the war, occupation and the subsequent abnormal conditions, the possibility will be made available that at the request of the lawful owners, these rights, concessions and licences be extended for a corresponding period except in those cases where such an extension is in contravention with the public interest including the general economic policy of the Republic of the United States of Indonesia.

Article 8

The burdens imposed on business as a consequence of fiscal measures and social and other measures customary in a modern country will be kept within such reasonable limits that under normal circumstances business can be carried on, permitting normal replacements, depreciations and reserves and permitting a reasonable profit for the capital invested in the enterprises.

Article 9

The manner of operating enterprises and the freedom of commerce, enterprise and monetary intercourse can be restricted by law only.

Article 10

Parties acknowledge the necessity of an independent fiscal judiciary. They will make regulations to prevent double taxation.

Article 11

Netherlands nationals, corporate bodies, products, vessels and other objects

enjoy no less favourable treatment in Indonesia than that accorded to any third country.

Foreigners of all nations will have equal rights in the participation of trade with Indonesia and in the economic activity and industrial development of that country. The Republic of the United States of Indonesia however recognizes that the special interests of Netherlands nationals and corporate bodies within Indonesia will be fully taken into account and further that no discrimination will take place in respect of the interests referred to, without prejudice to the right of the Republic of the United States of Indonesia to make such regulations as are necessary for the protection of national interests or economically weak groups.

The provisions made in this article on behalf of the Netherlands apply mutually between the Netherlands and Indonesia.

Article 12

1. Apart from the general obligation that employers in respect of their enterprises have to submit to the laws of the country, the enterprises (estates) shall – in the interest of social peace and order and for the improvement of social conditions – cooperate in applying provisions such as:

- a) aiming at the institution of organized consultation between employers and employees in the entire field of labour relations;
- b) promoting gradually the achievement of joint interests between the employers and labourers, c.q. landowners, in order that the interests to be pursued will grow together and that these labourers and landowners attain a higher standard of living;
- c) improvement of housing and other social welfare arrangements for labourers;
- d) the inclusion within the earliest possible period of eligible Indonesians into the direction (and management) and staffs of the enterprises, and cooperation in establishing training courses with the objective that after a reasonable period, the predominant part of the leading staff personnel of the enterprises will consist of Indonesian nationals;
- e) the residing in Indonesia of organs vested with full power of those enterprises which main field of operations is in Indonesia.

2. Employers, on matters referred to under a-d inclusive, also shall display initiative on the understanding however that the Government requirements in this field in respect of foreign investments shall not go beyond those stipulated for Indonesian enterprises of a similar nature and size.

Article 13

In the event of any alteration in the existing agrarian regulations in the public interest, the interests of the lawful owners and in particular the security of enterprise will be taken into account.

SECTION B
FINANCIAL RELATIONS

Article 18

1. Subject to the proviso referred to in paragraph 5, the Republic of the United States of Indonesia allows transfer to the Netherlands:
 - a) for enterprises constituting an active Netherlands investment, of:
 - I. the expenditures required in the Netherlands on behalf of the enterprise in Indonesia;
 - II. the contributions to pensionfunds, or funds for invalids, widows and orphans and other social provisions for personnel to the extent that the premiums and contributions are required to cover payments to Netherlanders;
 - III. interests and contractually fixed amortization of loans committed in the Netherlands on behalf of the enterprise in Indonesia;
 - IV. annual profits and depreciations in accordance with sound business practice;
 - b) of dividends concerning passive investments from the Netherlands;
 - c) for premiums to life insurance companies and for contributions to pensionfunds, and funds for invalids, widows and orphans and other social provisions, by employer as well as employee, required to cover payments to Netherlanders;
 - d) to Netherlanders working or having worked in Indonesia, for their savings and for sums destined for the support of persons residing outside Indonesia for whose alimentation they are bound legally or morally;
 - e) for Netherlanders working or having worked in Indonesia c.q. their surviving relatives, residing outside Indonesia, for pensions, leave allowances and other similar periodical social payments insofar as they are not covered by the funds referred to under a and c;
 - f) of interest and amortization on debenture loans issued and private loans ("ondershandse leningen") contracted by lower public bodies or by other corporate bodies set up on high authority as far as payment of said interest and amortization are not or will not be lawfully suspended in connection with the financial position of public bodies and other corporate bodies referred to.
2. The provisions of the first paragraph can be further worked out by the contracting parties for special cases or groups of cases.
3. Without prejudice to the provisions of the first and second paragraphs the Republic of the United States of Indonesia shall allow transfers to the Netherlands and other countries abroad in accordance with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.
4. To enterprises operating partly with Indonesian capital in Indonesia, the provisions referred to in the preceding paragraphs will apply insofar as actual circumstances demand.

5. In respect of the transfer of money referred to in the first paragraph, the Republic of the United States of Indonesia reserves the right to impose such restrictions as it deems necessary in view of its foreign exchange position. These restrictions are subject to previous consultations between the Republic of the United States of Indonesia and the Netherlands which consultations will take place through a technical committee to be set up at a later date unless the Government of the Republic of the United States of Indonesia and of the Netherlands agree otherwise.

6. The transfer of interest and amortization resulting from the liabilities assumed by the Republic of the United States of Indonesia at the transfer of sovereignty is governed by the agreements made or to be made regarding these liabilities.

7. The provisions of the preceding paragraphs are correspondingly applicable to the transfers from the Netherlands to Indonesia.

8. In case of expropriation, nationalization, etc. c.q. "naasting" the Republic of the United States of Indonesia allows transfer of the indemnity c.q. compensation ("naastingsprijs") within the period of three years after the right to indemnity c.q. compensation arises. In case the Republic of the United States of Indonesia deems it impossible to transfer within three years the indemnity c.q. compensation, the Republic of the United States of Indonesia shall make this fact known before taking steps toward expropriation, nationalization, etc. An arbitration committee consisting of a representative of the Republic of the United States of Indonesia, a representative of the rightful claimant and a third member to be appointed in mutual consultation by both the two abovementioned representatives shall give a binding decision on the question of whether an exception can be made to said term of three years and to what extent.

In case immediate transfer does not take place, the indemnity c.q. compensation expressed in Indonesian currency shall be credited in the currency of the country from which the invested capital originates at the rate of exchange on the date the right arises.

Article 19

.....

SECTION C

RELATIONS IN AND COOPERATION IN TRADE POLICY

Article 20

1. In accordance with the principles of independence and sovereignty, the Governments of the Netherlands and of the Republic of the United States of Indonesia shall bear the ultimate responsibility for their own trade policy, both domestic and foreign.

2. Based on these principles, voluntary cooperation between the two countries in their foreign trade relations can be of mutual benefit. This cooperation will be pro-

moted by close contact and continuous consultation between the two countries regarding the various aspects of foreign trade. As far as it is considered profitable and beneficial to both parties joint action shall be taken. Each of the two parties shall take into close account the economic interests for which the other is responsible.

3. It should be borne in mind that economically, geographically and politically the Netherlands belong to the European sphere and Indonesia to the Asian sphere. Historically close economic relations have existed and up to the present day exist between Europe and Asia in general and between the Netherlands and Indonesia in particular. As a result of history, the Netherlands have considerable economic and financial interests in Indonesia. The Republic of the United States of Indonesia will take due account of such interests.

Article 21

1. The foreign trade relations of the Netherlands with other countries shall be regulated and supervised by the Netherlands Government or by its appropriate agencies, on its or their exclusive authority.

The foreign trade relations of Indonesia with other countries shall be regulated and suvervised by the Government of the Republic of the United States of Indonesia or its appropriate agencies on its or their exclusive authority.

2. With regard to the countries of Europe, the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia shall cooperate in the field of trade policy. In the last quarter of 1950 new consultations shall be held in connection with the continuation of this cooperation and the way in which it shall be effectuated, both parties being free to determine their standpoints anew.

3. Each of the two parties retains the ultimate decision in such cooperation as well as the ultimate decision on the disposal of its own products with respect to foreign trade. Each of the two parties determines what products and what quantities it desires to offer and the compensation it expects. This implies that in a specific case, one of the parties can take a small part only or even no part at all in a specific trade agreement; in the latter case the other party will nevertheless be entitled to conclude an agreement in view of its own interests. The non-participating party however shall refrain from separately concluding a trade agreement with the third country involved. Once a joint trade agreement has been concluded, neither of the parties shall make alterations therein without previous consultation with the other.

4. In the negotiations with third countries the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia, though forming two separate delegations, act in coordination vis-à-vis the third country. Previous mutual agreement shall be attained on a joint policy.

5. The trade agreements will be signed by or on behalf of the Government of the Netherlands, by or on behalf of the Government of the Republic of the United States of Indonesia on the one hand, and by the third country concerned on the other hand.

6. It shall be previously decided who will act on behalf of the coordinated delegations. The guiding principle will be that the chairman be appointed from the delegation having the greater interest in the discussions concerned.

7. The trade- and monetary agreements in force at the transfer of sovereignty shall, as far as these agreements concern Indonesia, be taken over and implemented by the Government of the Republic of the United States of Indonesia. An enumeration of these agreements is contained in the attached list.

Article 22

1. With regard to trade intercourse between the Netherlands and Indonesia, both countries are prepared to consider a system of mutual preferential treatment. Such a system will be to the advantage of both parties and shall not be in contravention with international agreements.

2. Both parties act upon the principle that they shall not pay each other higher prices than prevail elsewhere under like conditions for like products.

3. With regard to imports into both countries, the Republic of the United States of Indonesia as well as the Netherlands will respectively draw up lists of import requirements, in accordance with the needs of either country of consumer goods and of goods for rehabilitation and reconstruction and based on the foreign exchange available. With regard to exports from both countries the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia will reserve and allocate export goods to the other country.

4. Based on the first and third paragraphs of this article the two parties shall at regular times for a period to be agreed upon, conclude agreements for mutual trade. The modus vivendi (now to be called trade agreement) for the period 1 October 1949–1 October 1950 is provisionally accepted by both parties. In the first quarter of 1950 discussions shall be held between the two parties as to the implementation and possible alterations of this agreement.

5. During the period for which certain quotas prevail, in principle no import-, export- or foreign exchange licences shall be refused, insofar as they concern a transaction agreed upon between the buyer and the seller, falling within the scope of the quotas agreed upon. If special circumstances necessitate deviation from this principle, previous consultation with the other party shall be held.

6. With regard to trade intercourse and matters connected therewith, the Netherlands and Indonesia may call upon each other for assistance and cooperation. Both parties agree that each shall render such assistance if and when required and considered advisable.

7. In case alterations or amendments in the quotas agreed upon be deemed necessary, both parties shall decide to this effect in mutual consultation.

Article 23

1. The regulation existing between the Netherlands and Indonesia, according to which payments between the two countries and payments with a number of other countries are effectuated as much as necessary via a commercial account

(called C-account new style) remains provisionally in force after the transfer of sovereignty.

2. At the discussions to be held in the first quarter of 1950 (see article 22, paragraph 4) between the two countries, consultation shall be held if and to what extent alterations are desired in the prevailing system.

As far as possible alterations can be arranged between the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia, these shall come into effect as soon as possible; as far as they concern the relations with third countries, consultation shall be held within the framework of the existing agreements.

Article 24

1. It is recommended that the Netherlands appoint a trade representation with the Netherlands High Commissioner in Indonesia to represent its Government, to maintain close contact with the economic agencies of the Government of the Republic of the United States of Indonesia and to render assistance if and when required or considered advisable. It is recommended that the Republic of the United States of Indonesia appoint a trade representation with the Indonesian High Commissioner in the Netherlands to represent its Government, to maintain close contact with the economic agencies of the Netherlands Government and to render assistance if and when required or considered advisable.

2. The administration of the import- and exportquotas and the foreign exchange-licences pertaining thereto in the Netherlands is vested in the Netherlands Government and in the agencies designated to this effect; the same administration in Indonesia is vested in the Government of the Republic of the United States of Indonesia, and in the agencies designated to this effect.

SECTION D

SETTLEMENT OF DEBTS

.....

SECTION E

FINAL PROVISION

Article 28

The provisions of this agreement as far as the Kingdom of the Netherlands is concerned, shall have reference to the Netherlands exclusively.

AGREEMENT CONCERNING THE ASSIGNMENT OF CITIZENS¹⁾

The Kingdom of the Netherlands and the Republic of the United States of Indonesia,

considering that at the transfer of sovereignty it shall be determined whether persons who up to that time were subjects of the Kingdom of the Netherlands

¹⁾ Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden, 1949, No. J 570, S. 287-291.

including those who, under the law of the Republic Indonesia were, in the eyes of the Republic of the United States of Indonesia, citizens of the Republic Indonesia, are to be assigned Netherlands or Indonesian nationality;

agree, that at the transfer of sovereignty the following provisions shall come into effect.

Article 1

Under the terms of the present agreement are deemed to be of age those who have reached the age of eighteen years or those who were married at an earlier age.

Those whose marriage was dissolved before they had reached the age of eighteen years shall continue to be deemed of age.

Article 2

Where the present agreement applies to persons who, under the law of the Republic Indonesia on nationality are citizens of the latter Republic immediately before the transfer of sovereignty, the Republic of the United States of Indonesia understands that the terms "acquiring" or "preserving" Indonesian nationality, as hereafter used in the present agreement imply that Republican nationality shall be converted into Indonesian nationality; and that the terms "retaining" the Netherlands nationality and "rejecting" Indonesian nationality as hereafter used in the present agreement imply the loss of Republican nationality.

Article 3

Netherlands nationals who are of age shall retain their nationality, but, if born in Indonesia or if residing in Indonesia for at least the last six months, they shall, within the time limit therefor stipulated, be entitled to state that they prefer Indonesian nationality.

Article 4

1. Without prejudice to the provisions of paragraph 2 below, Netherlands subjects-non-Netherlanders (Nederlandse onderdanen-niet Nederlanders) who are of age and who, immediately before transfer of sovereignty belonged to the indigenous population (orang2 jang asli) of Indonesia shall acquire Indonesian nationality but if they are born outside Indonesia and reside in the Netherlands or in a territory not under the jurisdiction of either partner in the Union, they shall, within the time limit therefor stipulated, be entitled to state that they prefer Netherlands nationality.

2. The subjects of the Netherlands referred to in paragraph 1 above who are residents of Surinam or of the Netherlands Antilles shall

(a) if they were born outside the Kingdom, acquire Indonesian nationality but may, within the time limit therefor stipulated, state that they prefer Netherlands nationality;

(b) if they were born within the Kingdom, retain Netherlands nationality but may within the time limit therefor stipulated, state that they prefer Indonesian nationality.

Article 5

Persons who, immediately before the transfer of sovereignty, are of age and are Netherlands subjects of foreign origin-non-Netherlands (uitheemse Nederlandse onderdanen-niet-Nederlanders) and who were born in Indonesia or reside in the Republic of the United States of Indonesia shall acquire Indonesian nationality but may, within the time limit therefor stipulated, reject Indonesian nationality;

if, immediately before the transfer of sovereignty, such persons had no other nationality than the Netherlands nationality, they shall regain Netherlands nationality;

if, immediately before the transfer of sovereignty such persons possessed simultaneously an other nationality, they shall, when rejecting Indonesian nationality, regain Netherlands nationality only on the strength of a statement made by them to that effect.

Article 6

Persons who, immediately before the transfer of sovereignty, are of age and are Netherlands subjects of foreign origin-non-Netherlands (uitheemse Nederlandse onderdanen-niet-Nederlanders) and who were not born in Indonesia and reside within the Kingdom, shall retain Netherlands nationality but may, within the time limit therefor stipulated, state that they prefer Indonesian nationality and reject Netherlands nationality;

those who, at the transfer of sovereignty simultaneously possess a foreign nationality, may simply reject Netherlands nationality, on the understanding that the right to reject Netherlands nationality, connected or not with the right to prefer Indonesian nationality, shall not belong to inhabitants of Surinam of Indian or Pakistani origin.

Article 7

Those who, at the transfer of sovereignty are of age and are Netherlands subjects of foreign origin-non-Netherlands (uitheemse Nederlandse onderdanen-niet-Nederlanders) and who reside outside a territory under the jurisdiction of either partner in the Union and who were born in the Netherlands, in Surinam or the Netherlands Antilles, shall retain Netherlands nationality;

if these persons are born from parents who were Netherlands subjects by birth in Indonesia, they may, within the time limit therefor stipulated, state that they prefer Indonesian nationality and reject Netherlands nationality;

if, at the transfer of sovereignty, these persons simultaneously posses a foreign nationality, they may simply reject Netherlands nationality.

If these persons are born outside a territory under the jurisdiction of either partner in the Union, they fall under the terms of the present article or under the terms of article 5 above, according to the place of birth of either father or mother, with due observance of the distinctions established by the provisions of article 1 of the Act of 1892 on Netherlandership and residence (ingezetenschap);

if the parents were also born outside a territory under the jurisdiction of either partner in the Union, the place of birth of the father or of the mother shall be decisive.

Article 8

With due observance of the distinctions established by the provisions of article 1 of the Act of 1892 referred to in article 7 above, persons not of age shall follow the nationality of their father or mother, provided either parent is a Netherlands subject and living at the transfer of sovereignty.

Article 9

With due observance of the distinctions established by the provisions of article 1 of the Act of 1892 referred to in articles 7 and 8 above, persons not of age whose father or mother is, at the transfer of sovereignty, not a Netherlands subject, or is deceased, shall fall directly under the terms of the preceding articles;

if these persons have no living parent, their domicile shall be deemed to be their place of actual residence and, in all cases where a statement on their part is provided for, such statements may be made on their behalf by their lawful representative. In the absence of a lawful representative the above provisions shall become applicable at the time such a lawful representative is appointed.

Article 10

The married woman shall follow the status of her husband. In case the marriage is dissolved she shall, within the time limit of one year thereafter, be entitled to make a statement by which she may acquire or reject the nationality she would or could have acquired or rejected by a statement, had she not been married at the transfer of sovereignty.

Article 11

The exercise of the right to prefer or reject a nationality shall not nullify any act previously performed and which would be valid if this right had not been exercised according to the above provisions.

EXECUTIVE REGULATIONS

Article 12

Statements by persons to the effect that they prefer or reject a nationality under the terms of the preceding articles shall be made before or addressed to

- a) the High Commissioners of the Parties,
- or b) the ordinary judiciary to whose normal jurisdiction these persons belong,
- or c) the officials further to be designated by the competent authorities of both states.

Statements of the kind referred to in the preceding paragraph by persons abroad may be made before, or sent to diplomatic or consular authorities of either Party and under whose jurisdiction the person concerned is domiciled.

Signatures or fingerprints appearing on a written statement shall be duly legalized.

A person making or sending a statement as above referred to shall at once receive a certificate thereof.

Statements as referred to above made in the course of a given calendar month shall be published in the course of the following month in the official Gazette of the State whose officials have received such statements; duplicates or certified copies thereof shall be forwarded monthly to the Government of the other State.

Both Parties shall give ample publicity to the conditions on which such statements may be made. These statements and certificates thereof shall be free from stamp duty or cost.

Article 13

Wherever the preceding articles mention "the time limit therefor stipulated", these words shall apply to a period of two years from the transfer of sovereignty.

Article 14

Decisions concerning the exercise or the prevention of exercise of the right of option may be requested from the ordinary judiciary under whose jurisdiction the interested party resides. If the latter resides abroad, the District Court (Arrondissements Rechtbank) of Amsterdam and the ordinary judiciary at Batavia (Djakarta) shall be competent.

Persons concerned in such decisions shall, as in civil law, have the right of appeal and of any other legal recourse. A decision having obtained legal validity shall be notified by the Government of the Party under whose jurisdiction such decision was taken to the Government of the other Party by whom it shall be recognized as binding.

NOTE

None of the provisions in this agreement shall apply to the nationality of the inhabitants of the residency of New Guinea in case the sovereignty over this territory is not transferred to the Republic of the United States of Indonesia.